

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 24 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Fretungsbücherei. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Erhöht für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Siege und Siegerpflichten.

Der roten Siege ist kein Ende. Noch ehe die sächsischen Landtagswahlen am 4. November ihr Ende erreicht und auch am letzten Tage noch der Sozialdemokratie einen neuen Sieg gebracht hatten, setzte die Serie der glänzenden Triumphe unserer Partei bei den Gemeindevahlen ein.

Alle diese Wahlen der letzten Monate und Wochen, die Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen standen im Zeichen der Reichsfinanzreform. Ihr aller Ergebnis ist beeinflusst — hier mehr, dort minder — durch die Demoralisierung der bürgerlichen Parteien als rücksichtslose Sachwalter der bestehenden Klassen, als strupellose Vertreter der Profetarien und kleinen Leute. Nie, selbst nicht beim Kampf um den Hollar, ist die Wahrheit den Wählern so klar und sinnenfällig, so unvermittelt und unerschleiert vor Augen getreten, als beim großen Steuerraubzug, der auf die Taschen der armen Teufel unternommen wurde, um die großen Geldsäcke zu schonen. In dieser einen brutalen Tatsache, daß die Kräfte für die Reichen zahlen müssen, sind Hunderttausenden von Wählern die Augen aufgegangen.

Es ist vergeblich, daß die konservativen Blätter es leugnen, vergeblich, daß sie auf die Liberalen verweisen, denen es bei den Wahlen im allgemeinen nicht besser geht als den Parteien des Schnapsblocks. Die Liberalen sind die Mitschuldigen an der Steuerplünderung, und wenn sie sich hundertmal beim letzten entscheidenden Zug seitwärts in die Büsche geschlagen hätten. Die Wähler wissen, daß die Liberalen bereit waren, 400 Millionen neuer Steuern den Nichtbesitzenden aufzuladen, und es kümmert sie mit Recht sehr wenig, ob die Liberalen daneben das letzte Fünftel der halben Milliarde in etwas rationellerer Weise aufbringen wollten als der Schnapsblock. Es kümmert sie mit Recht ebenfalls, daß die Liberalen ihre böse Absicht nicht ganz verwirklichen konnten. Bei der Beurteilung der Parteien gilt die böse Absicht genau soviel wie die böse Tat: Die Liberalen ernten, was sie verdient haben. Sie sind mit den Parteien des Schnapsblocks in gleicher Verdamnis.

Die Sozialdemokratie hat keine Zeit, auf Vorbeeren auszurufen. Neue große Aufgaben erwarten ihrer aus ihren Siegen. Die Schar der Willkürer, die Menge jener, die lediglich um des verteuerten Bieres, um der verteuerten Zigarre und der verteuerten Streichhölzer willen den roten Stimmzettel abgaben, die in der Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Finanzreform nur einen Einzelfall sehen, muß dem Erkenntnis gebracht werden, daß diese Haltung aus dem innersten Wesen dieser Parteien floß, daß sie in aller Zeit nichts anderes sein können, als was sie in dem Kampfe um die Steuerbelastung sich erwiesen haben. Es muß diesen Wählern gezeigt werden, daß die Interessen der Klassen die Politik bestimmen, und die Sozialdemokratie allein die Partei der Arbeiterklasse — dies Wort im weitesten Sinne genommen — sein will und sein kann. Nur wenn diese grundsätzliche Auffklärung über die Siege nicht verfallen wird, kann unsere Partei das Gewonnene als dauernden Besitz halten.

Auf dem Gebiet der praktischen Politik aber gilt es, die Erregung der Wählermassen, die Bestürzung der Gegner auszunützen für die Lösung der Schicksalsfrage, die uns in der Gestalt der preussischen Wahlreform gestellt ist: Alle die Kraft der Empörung, die sich jetzt im Volke angesammelt hat, muß gelenkt werden gegen den Wall des Dreiklassenwahlrechts, gegen die Burg der Junker. Rastloser Kampf um die Demokratisierung Preussens und damit Deutschlands muß die erste Aufgabe der kommenden Tage sein.

Wo wären die bürgerlichen Parteien geblieben, wenn der Volkszorn hätte uneingeschränkt bei einem freien Wahlrecht und einer freien Wahl zur Geltung kommen können; weggefegt wären sie geworden, kaum ein Duzend wäre in den Landtag gelangt.

So schrieb die „Dresdener Volkszeitung“ in einer Betrachtung des Wahlausfalles in Sachsen. Wo bliebe der Reichstag und der Reichstag des Schnapsblocks, so fragen wir, wenn in diesen Tagen die Wähler im Reich zur Urne gerufen würden. Sie würden zerstampft und zertreten werden! Der Reichstag, der stets ein Produkt der Lähmung der Wählermassen gewesen ist, ist heute eine offenbare Lüge. Das zeigen die Nachwahlen von Neustadt-Landau, von Stollberg-Salmberg, von Koburg, das werden die von Landsberg-Soldin und Halle erweisen. Wenn das Parlament ein Spiegel des Volkswillens sein soll, so hat dieser Reichstag abzutreten, so hätte die Regierung nichts eiligeres zu tun, als ihn aufzulösen. Aber sie denkt nicht daran; was schert sie und die Parteien der Wille des Volkes! Die deutsche Wählerchaft muß diesen Reichstag noch ertragen bis zu den Wahlen des Herbstes 1911. Daß aber dann der Wille des Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommt, daß bis dahin die Erkenntnis von 1909 nicht wieder verloren und verschüttet wird, das muß die Sorge der Sozialdemokratie sein. Den bürgerlichen Parteien und der Regierung, die auf das schlechte Gedächtnis der Wähler spekulieren, hat sie einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen. Der Verrat am Volke, den das Jahr 1909 sah, muß durch unsere Arbeit mit unverwundbaren Lettern den Wählern ins Gedächtnis eingebrannt

werden. Tut die Sozialdemokratie ihre Pflicht, so werden die stolzen Siegestage des Herbstes 1909 überstrahlt werden von den roten Siegen des Herbstes 1911!

Zum Ausfall der sächsischen Stichwahlen wird uns aus Dresden geschrieben:

Bei den eben beendeten Landtagswahlen waren die Stichwahlen von größerer Bedeutung als das sonst bei allgemeinen Wahlen der Fall ist. Von den 91 sächsischen Landtagswahlkreisen konnten bei den Hauptwahlen nur 81 ein endgültiges Ergebnis aufweisen, während in 10 Kreisen Stichwahlen nötig wurden. Ihre große Zahl war eine Folge der Zersplitterung im bürgerlichen Lager, die soweit ging, daß in einigen Kreisen sogar zwei konservative Kandidaten einander gegenüberstanden. Bei den Stichwahlen war von vornherein mit einem Zusammengehen der vor den Hauptwahlen verzankten bürgerlichen Parteien zu rechnen. Deshalb waren die Stichwahlausichten für die Sozialdemokratie ungünstig. Obwohl sie an 64 Stichwahlen beteiligt war, konnte bei nächster Beurteilung doch nur eine Steigerung ihrer Arbeiterzahl gungünstigfalls von 15 auf 20 erhofft werden. Die bürgerlichen Parteien rechneten noch nicht einmal mit solchem Zuwachse der Sozialdemokratie. In ihren engeren Zirkeln stritten sie sich nur darüber, ob die „Roten“ einen oder gar keinen Stichwahlsieg haben würden.

Die sächsische sozialdemokratische Wählerchaft hat alle nächsten Berechnungen und auch die Hoffnungen der Gegner über den Haufen geworfen; sie hat dafür gesorgt, daß die Partei auch bei den Stichwahlen den Siegeszug fortsetzen konnte, den sie am 21. Oktober so kraftvoll begonnen hatte. Ueber alle Erwartungen günstig sind die Stichwahlen ausgefallen. Wir haben Wahlkreise erobert, auf die niemand gerechnet hatte. Bezirke erfinden einen sozialdemokratischen Vertreter in den Landtag, die bisher als unüberwindliche konservative Hochburgen galten, wie der 14. ländliche Wahlkreis, der immer in konservativem Besitz gewesen ist und den früher einer der grimmigsten Sozialistenführer, der Agrarier v. Dellwägel, vertrat. Das gleiche gilt vom 6. ländlichen Wahlkreis. Ein halbes Duzend eroberter Kreise ist für uns Neuland, denn sie waren noch niemals in sozialdemokratischem Besitz. Dieses Vordringen der sächsischen Sozialdemokratie in den für sicher angesehenen Besitz der Reaktion ist um so höher anzuschlagen, weil die Partei mit einer entsetzten Wählerchar den Wahlkampf führen mußte; weil sie unter einem Wahlrecht sehten mußte, das dem Besizenden in der Regel viermal mehr Recht gibt als dem Arbeiterwähler.

Allerdings war die Situation der Sozialdemokratie sonst sehr günstig. Der Volkswille über den Reichsfinanzandal leitete so viel Wasser auf die sozialdemokratischen Wahlen, daß die Dämme des Wahlrechts überflutet wurden und sein volkserhebender Charakter nicht in vollem Maße zur Geltung kommen konnte. Das gilt von der Hauptwahl wie vom zweiten Wahlgang. Hier zeigte sich aber auch, daß sich die bürgerlichen Parteien so verzankt hatten, daß trotz aller Bemühungen das Sprichwort: Was schlägt sich und was vertritt sich! doch nicht in allen Wahlkreisen in vollem Umfange zur Tat wurde. Trotz aller Wahlparolen: Für die nationalen Parteien und gegen die Sozialdemokratie brachten die bürgerlichen Parteien die ersehnte Geschlossenheit gegen die Sozialdemokratie nicht allenthalben zustande.

In den meisten Wahlkreisen gingen bei den Stichwahlen die bürgerlichen Stimmen erheblich zurück, während die sozialdemokratischen fast durchweg unerwartet starken Zuwachs zu verzeichnen hatten, auch in den Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie unterlegen ist. Gewiß haben unsere Genossen mit Erfolg alles aufgeboten, um auch den letzten Mann zur Stichwahl an die Urne zu bringen und den letzten Rest von Pässigkeit auszunützen, die sich sonst bei den Landtagswahlen besonders bemerkbar machte, in mehreren Wahlkreisen ist aber der sozialdemokratische Stimmenzuwachs auch darauf zurückzuführen, daß von den bürgerlichen Wählern ein Teil der Sozialdemokratie zuschwankte.

Das letztere gilt vor allem von den freisinnigen Wählern in den drei ersten ländlichen Wahlkreisen der Oberlausitz, im Gegensatz zum übrigen Freistaat haben sie überwiegend für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Doch haben wahrscheinlich auch konservative und Mittelständler da, wo sie für einen Nationalliberalen die Entscheidung herbeiführen sollten, zum kleinen Teile sozialdemokratisch gestimmt. Das ist unter anderem im 6. ländlichen Wahlkreise geschehen, wo offenbar der Sieg des Genossen Linke darauf mit zurückzuführen ist, daß die kleinen sonst konservativen Bauern lieber einen Sozialdemokraten als einen nationalliberalen Eisenbahnbeamten wählten. Im 14. ländlichen Wahlkreise hat aber auch fast die Hälfte der nationalliberalen Wähler für den Genossen Schmidt gestimmt und dadurch den verhassten agrarkonservativen Pastor Starke zu Fall gebracht.

In erster Linie aber sind die sozialdemokratischen Erfolge bei den Stichwahlen darauf zurückzuführen, daß unsere Genossen alles einsetzten, um aus eigener Kraft möglichst viele Reservisten ins Feuer zu bringen. Besonders muß hervorgehoben werden, daß sich die freisinnige Volkspartei, abgesehen von der Oberlausitz, schmachvoll bei den Stichwahlen verhalten hat. Die von Günther auf eigene Hand herausgegebene Parole für die freisinnigen Wähler: „Für die nationalen Parteien“ ist in fast allen übrigen Wahlkreisen befolgt worden. Im Wahlkreise Radeberg-Großenhain, in Weihen-Rohwein und Chemnitz haben die freisinnigen sogar den Ausschlag für die Konservativen, also die ärgste Reaktion gegeben. Wesentlich mögen sie zu diesem schmachvollen Verhalten dadurch veranlaßt worden sein, daß die freisinnigen Kandidaten, außer in einem Falle, von

den Konservativen und Nationalliberalen bei den Stichwahlen abhängig waren.

Fünfundzwanzig Mann stark zieht die sächsische Sozialdemokratie in die zweite Kammer ein, sie wird zwar nur die zweitstärkste Fraktion, bleibt aber nur um vier Mann hinter den beiden gleichstarken Fraktionen der Konservativen und Nationalliberalen zurück. Es ist übrigens noch nicht ganz sicher, wie stark die beiden genannten bürgerlichen Fraktionen sind, denn beide reaktivieren den freisinnigen Dürer, der im letzten Landtag aus der konservativen Fraktion austrat, für sich. Tritt Dürer der nationalliberalen Fraktion als Hospitant bei, so ist diese genau so stark wie die konservative, in die aber schon ein „Reformer“ mit eingerechnet ist. Unter solchen Umständen ist ein tüchtiger Jani um den ersten Präsidenten zu erwarten auf den beide Fraktionen Anspruch machen werden.

Weitaus am besten hat bei den Wahlen die sozialdemokratische Partei abgeschnitten. Sie stellt noch 10 Mann mehr als vor dem Wahlrechtsraube von 1906, wo sie 15 Vertreter hatte. Die Konservativen sind von 48 auf 29 Abgeordnete herabgesunken, die Nationalliberalen von 81 auf 28, dagegen haben die Freisinnigen ihren Besitzstand von 3 auf 8 erhöht. Obwohl im neuen Landtage konservative und Nationalliberale zusammen die Mehrheit haben, wird die Sozialdemokratie ein ernstes Wort mitreden und ihren Einfluß geltend zu machen verstehen. Im Lande aber werden unsere Genossen bemüht sein, unsere Position weiter zu befestigen, um das Erungene auch unter ungünstigeren Verhältnissen zu erhalten und auch noch weiter vorzubringen in die Schlafwinkel der Reaktion.

Die letzten Stichwahlen in Sachsen.

- Rauhen-Camenz-Land: Linke (Soz.) 5590, Förster (natl.) 5584 Stimmen. Linke (Soz.) gewählt.
- Dippoldiswalde: Göpfert (natl.) 7624 Stimmen, Andrae (konf.) 6234 Stimmen. Göpfert (natl.) gewählt.
- Chemnitz I: Wiener (Reformer) 10641, Zeißig (Soz.) 8921 Stimmen. Wiener (Reformer) gewählt.
- Chemnitz II: Langhammer (natl.) 12604, Müller (Soz.) 7002 Stimmen. Langhammer (natl.) gewählt.
- Limbach-Meerane: Posern (natl.) 9348, Stolte (Soz.) 9043 Stimmen. Posern (natl.) gewählt.
- Altenberg: Wittig (konf.) gegen Soz. gewählt.
- Porna: Friedrich (Bund der Landwirte) gegen Soz. gewählt.
- Pegau: Rißfäke (natl.) gegen Soz. gewählt.

Im Wahlkreise Dippoldiswalde hatten unsere Parteigenossen beschloßen, für den Nationalliberalen einzutreten, um den verhassten Arbeiterfeind, Geh. Oekonomierat Andrae, aus dem Landtage zu entfernen. Dieses Ziel ist erreicht worden.

Der bewaffnete Friede in Mansfeld.

Solange das Militär im Mansfelder Streifgebiet ist, hat es nur zur Erleichterung der Streikenden beigetragen und liefert unschätzbaren Stoff für Humor in den Versammlungen. Die erhoffte Einschüchterung der Streikenden durch das Militär ist in das Gegenteil umgeschlagen, denn seit dem Einzug desselben am 21. Oktober ist die Zahl der Streikenden ständig gestiegen, während vom 26. Oktober bis 3. November ganze 8 Mann wieder zum Schacht getrieben sind. Die Armee der Streikenden sieht wie eine Mauer. Vom 21. bis 30. Oktober schrieben die im Streifgebiet erscheinenden Blätter jeden Tag:

„Die Zahl der Arbeitswilligen hat heute wiederum bedeutend zugenommen, da unter dem Schutz des Militärs die Arbeitswilligen unbelästigt zur Arbeit gehen können.“

Seit einigen Tagen schreiben sie über den Streik keine Zeile mehr, schweigen alle Vorgänge tot, als ob der Kampf beendet sei. Sie haben jeden Tag eine so große Anzahl der Streikenden in den Schacht hineingelogen, daß schließlich keine mehr übrig geblieben sind; nun ist für sie der Streik beendet. Wer heute als Fremder das Streifgebiet betritt, die örtliche Presse liest und die Grabenbreite in den Ortschaften beobachtet, würde tatsächlich glauben, der Streik sei beendet, wenn nicht das Militär und die Gendarmen auf einen furchtbaren Kampf schlichten ließen! So zählten wir am 3. November auf der Straße von Augustdorf bis Gerbstedt 27 Gendarmen zu Fuß und außerdem 6 zu Pferde! Und auf der ganzen Strecke höchstensfalls 10—15 Streikbrecher am Paulschacht, denen aber niemand ein Haar krümmen wollte. Die Gendarmen patrouillierten auf dieser Straße je drei Mann in einem Abstand von 800—1000 Meter, während die Veritlenen — je zwei Mann — anscheinend die „Verbindung“ der ganzen Patrouillenkette aufrechterhielten. An der Mündung der Straße von Augustdorf in die Chaussee Gerbstedt-Heiligenhal hielten zwei Mann hoch zu Hof und vier Fußgendarmen die „Ordnung“ auf dem vollständig menschenleeren Wege aufrecht! Eine Chaussee, nur von bewaffneten Gendarmen bevölkert, um einigen reichstreuen Streikbrechern „sicheres Geleit“ zu bieten! In Heitstedt trafen wir zur Abwechslung eine Abteilung Kürassiere, den Weichhelm aufgestülpt, die Lanzen hochbereitet, durch die Straßen reitend, wohin? Wer mochte das wissen.

„Wir blamieren und ja...“

Hat der Herr Landrat sich mit der Heranziehung des Militärs gründlich verrechnet, so noch mehr durch die neueste Verfügung, wonach diejenigen Wirtschaften, in denen Streikbureaus untergebracht sind und Streikversammlungen stattfinden, des Abends um 8 Uhr schließen sollen. Wir haben den Wortlaut jenes Gesetzes bereits mitgeteilt; aber kaum, daß ihn die Öffentlichkeit erfuhr, war er schon durch den Oberpräsidenten v. Hegel wieder außer Kraft gesetzt und denjenigen Amtmännern, die nicht allzu schnell mit der

Ausfertigung desselben bei der Hand waren, ist die Zurücknahme erspart geblieben.

Am 30. Oktober erhielten die zwei Wirte von Reimbach den Auftrag, während die Zentralstreikleitung schon tags vorher erfahren hatte, daß der Landrat telephonisch beim Regierungspräsidenten die Abschaffung der Polizeistunde auf 8 Uhr für eine Reihe Lokale, ganz besonders aber für das Gasthaus „Zum Grafen von Mansfeld“ am Bahnhof Mansfeld, wo die Streikleitung wohnt (1), beantragt habe. Dieses Gasthaus liegt mehr als eine Viertelstunde von den Vergnügungsorten entfernt, wird von Vergleuten fast gar nicht besucht, sondern von dem reisenden Publikum. Dennoch sollte die jetzt schon auf 10 Uhr festgesetzte Polizeistunde auf 8 Uhr herabgesetzt werden, um dadurch die Streikleitung nochmals an die frische Luft zu setzen. Es ist nicht so weit gekommen, weil der Oberpräsident auf eine dringende Beschwerde hin den Reimbachern Wirten die Polizeistunde auf 11 Uhr heraufgehoben hat.

Der Herr Amtmann von Kreisfeld, Herr v. Doetinchen, der eine Frauenversammlung nur bis 5 Uhr „genehmigte“, war mit der Ausfertigung des Urlasses nicht so fix wie Herr Ziegler von Reimbach, und so erlebte er, daß er mit der Ausfertigung auch sofort die Zurücknahme verfügen mußte. Am Mittwoch, den 3. November, erhielten die Wirte in seinem Amtsbezirk, in Fiegelrode und Alsdorf die Verfügung, um 8 Uhr zu schließen, worauf die Wirte sich an den Landrat wandten und von diesem die Aufhebung des Urlasses erzielten. Der eine Wirt begab sich nun zum Herrn Amtmann und bat um die sofortige Zurücknahme des Urlasses. Er hörte, wie der Herr Amtmann sich mit seinem Sekretär darüber unterhielt:

„Welche Begründung sollen wir der Zurücknahme denn nun geben? Wir blamieren uns ja, wenn wir nicht eine entsprechende Begründung finden.“

Dem Wirt ließ man die Aufhebung des Schankverbots um 8 Uhr mündlich mitteilen, jedoch werde die schriftliche Begründung erfolgen. Wir und jedenfalls die ganze Öffentlichkeit sind gespannt darauf, welche Begründung der Amtmann von Doetinchen zu der Aufhebung eines Polizeierlasses „finden“ wird, den er zwei Stunden vorher zur Rettung des Staates ausgesprochen hatte. Er wird kaum jemand überzeugen, daß die Abschaffung der Polizeistunde notwendig war.

Die verschiedenen Blättern gemeldet wird, trafen in Mansfeld der Oberpräsident der Provinz Sachsen und der Regierungsrat von Merseburg ein. Unter dem Vorzeichen der Gendarmerieoffiziere und im Beisein des Militärkommandos fand im Rathaus eine Konferenz statt.

Eine Schandtat der rumänischen Regierung.

Vor zwei Jahren hat die rumänische Regierung unseren Genossen Rakowski ausgewiesen. Rakowski ist Bulgare von Nationalität, aber da er in der Dobrudscha geboren, rumänischer Staatsangehöriger. Doch das hinderte die Regierung an seiner Ausweisung durchaus nicht; hat ja die rumänische Regierung, entgegen den klaren Bestimmungen des Berliner Kongresses, es schon immer als ihr Recht beansprucht, ihre jüdischen Staatsangehörigen als „Fremde“ zu erklären und auszuweisen. Seit die sozialdemokratische Bewegung auch in Rumänien ihren Einzug gehalten hat, hat die Regierung diese rechtswidrige Praxis einfach auch auf die Sozialdemokraten übertragen, und zu den ersten Opfern dieser Nichtswürdigkeit gehörte Rakowski. Dabei war nicht etwa seine Staatsangehörigkeit je zweifelhaft. War er doch längere Zeit Gemeinderat in seiner Vaterstadt. Jedoch seine hervorragende Beteiligung an der Rettung der Ratsofen des „Potemkin“ und besonders, daß er während der letzten Agrarbewegung für die massakrierten Bauern sich furchtlos einsetzte, erregte die Wut der Bufarester Gewaltthäter, und deshalb die Ausweisung. Das geschah vor zwei Jahren. Als Rakowski jetzt den Versuch machte, zurückzukehren, wurde er verhaftet.

Ueber die weiteren Vorgänge meldet der „Adeverul“: Rakowski wurde an der Grenzstation Cajani den ungarischen Behörden übergeben. Da Rakowski jedoch kategorisch erklärte, er sei rumänischer Untertan und wolle sein Land nicht verlassen, erklärten die ungarischen Beamten, niemanden zu einem unfreiwilligen Aufenthalt in Ungarn zwingen zu können. Nun erklärte Ministerpräsident Bratianu, daß er unter keinen Umständen zulassen werde, daß Rakowski vor den Gerichten Rumäniens erscheine. Eher werde er wie Maura in Spanien handeln und sofort demissionieren. Bratianu hat den Polizeinspektor Brajescu und vierzig Gendarmen nach Cajani entsendet, welche Rakowski fesselten und fortstreckten.

Ueber seinen Aufenthalt ist bisher keine Nachricht eingetroffen. Der „Adeverul“ verständigte telegraphisch Rakowski, daß drei der hervorragendsten rumänischen Advokaten, darunter der ehemalige Justizminister Dicescu, sich bereit erklärten, die Verteidigung Rakowskis zu übernehmen. Das betreffende Telegramm kam mit dem Vermerk zurück, daß Rakowski unbekanntem Aufenthaltsort sei. Das Blatt teilt weiterhin mit, daß auch von den vierzig Gendarmen bisher kein einziger in Bukarest eingetroffen sei, und erklärt, daß das Schicksal Rakowskis ungewiß sei. In Bukarest herrsche die größte Aufregung.

Und diese Aufregung ist nur allzusehr berechtigt, und was zu befürchten ist, zeigt die Drohung des Bratianu nur allzu deutlich.

In Bukarest veranstalteten Dienstag die Sozialdemokraten eine Protestversammlung gegen die Ausweisung. Als die Teilnehmer das Lokal verließen, wurden sie von den Schülern aus brutalen Angriffen. An die hundert Menschen wurden verwundet. Das Krankenhaus mußte in ein Spital verwandelt werden. Die Arbeiter in Braila und Galatz, wo Rakowski vorwiegend seine Tätigkeit entfaltet hatte, beabsichtigen, den allgemeinen Ausstand zu organisieren.

Aber die Schandtat, die an Rakowski begangen wurde, wird auch außerhalb Rumäniens den schärfsten Protest nachrufen müssen. Das politische System der Gewalttätigkeit und Korruption, das die rumänischen Bojaren über das unglückliche Land verhängt haben, länger zu dulden, wäre eine Schande für alle, die in Europa noch ein Gefühl für Freiheit und Recht sich bewahrt haben. Schon längst wären die Großmächte, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, verpflichtet gewesen, gegen die fortwährende freche Verletzung des Völkerrechts durch die rumänische Regierung Einspruch zu erheben. Es ist Zeit, daß die Regierungen energisch an diese ihre Pflicht gemahnt werden.

Der deutschnationale Gummiknüppel.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte am 9. September eine Versammlung nach den Armnhallen einberufen. Es war zur Zeit, wo die Triolenaffäre des Herrn Schad in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert wurde. Obwohl das Thema der Versammlung: „Hohe Steuern, niedrige Gehälter“ nicht darauf schließen ließ, daß von der triolen Brand des Herrn Schad gesprochen werden könnte, hatte der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband seine Anhänger in die Versammlung beordert mit dem Auftrage, zu verhindern, daß über die Schad-Affäre gesprochen werde und Beleidigungen, die gegen Schad erhoben werden sollten, feitzustellen. Eine Anzahl Deutschnationaler mit ihren Führern Thomas und Watz an der Spitze, waren der Aufforderung nachgekommen und bemühten sich, durch fortwährende, gar nicht zur Sache gehörende Zwischenrufe den Vortrag des Referenten Strobel zu stören. Durch derartige Zwischenrufe provoziert, machte Strobel eine auf Schads Triolenverhältnis bezügliche Bemerkung. Darauf erhob sich der deutschnationale Führer Thomas und rief dem Referenten Strobel zu: „Sie sind ein gemeiner Lump!“ Die Freunde des Herrn Thomas erhoben ein wildes Geschrei. Infolgedessen entstand ein allgemeiner Räm. Der Vorsitzende der Versammlung forderte Thomas auf, den Saal zu verlassen. Darauf zog Thomas mit seinem Knüttel unter lautem Rufen und Singen langsam nach dem Ausgange. In der Nähe der Saaltür und auf der Treppe kam es zu Kämpfeleien zwischen Deutschnationalen und Anhängern des Zentralverbandes, die dadurch verursacht waren, daß die Deutschnationalen den Auforderungen der Ordner des Zentralverbandes, den Saal zu räumen, nur zögernd und widerwillig nachkamen, zum Teil sogar mit hoch erhobenen Stöcken und Schürmen drohten. — Fünf Personen, die in dem lärmenden Haufen an der Saaltür verwickelt waren, mußten am Freitag als Angeklagte vor der 120. Abteilung des Schwurgerichts Berlin-Ritte erscheinen. Die Angeklagten Wändel, Hoffmann, Lucatis, Duhm und Feder sind teils der Beleidigung, teils der Körperverletzung beschuldigt, die sie, aus Seite des Zentralverbandes stehend, gegen Anhänger der Deutschnationalen begangen haben sollen.

Am schwersten wird Hoffmann durch die Anklage beschuldigt. Er soll einen Deutschnationalen mit einem Gummiknüppel geschlagen haben. Wichtig ist zwar, daß Hoffmann, als der Rabau in vollem Gange war, einen Gummiknüppel in der Hand hatte, aber, wie vor Gericht durch einwandfreie Zeugen festgestellt wurde, ist dieser Gummiknüppel deutschnationaler Herkunft. Ein Mann, dessen Verhältnissen leider nicht festgestellt werden konnte, der sich aber durch kräftige „Heil“-Rufe als Freund der Herren Schad und Thomas zu erkennen gab, schwang den Gummiknüppel gegen Anhänger des Zentralverbandes. Der Angeklagte Hoffmann und ein Zeuge entwandten dem deutschnationalen Knüttelhelden die Waffe, die nun in der Hand Hoffmanns verblieb, der sie triumphierend in die Höhe hielt. Der deutschnationale Führer Thomas nutzte diese Situation aus, indem er unter Hinweis auf Hoffmann seinen Freunden zurief: „Haltet den Mann mit dem Gummiknüppel, den wollen wir feststellen.“ Durch dies Plaudern scheint in der Phantasie der überhitzten deutschnationalen Gemüter die Auffassung entstanden zu sein, daß Hoffmann mit dem Knüttel geschlagen habe. Ein Zeuge aus dem Lager der Deutschnationalen will auch einen nicht sehr schmerzhaften Schlag von Hoffmann erhalten haben, was dieser jedoch entschieden bestritt. Von einem anderen Zeugen wurde mit Sicherheit behauptet, daß die Deutschnationalen mit Stöcken und Schürmen geschlagen haben.

Die übrigen Angeklagten wurden durch sehr unbestimmte Zeugenaussagen beschuldigt, in dem allgemeinen Rabau beleidigende Äußerungen gemacht oder auch einen Deutschnationalen gestochen zu haben.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der drei der Angeklagten verteidigte, beantragte die Freisprechung seiner Klienten, da gegen sie nichts erwiesen sei. Festgestellt ist dagegen, daß die Deutschnationalen die Versammlung besucht hätten in der Absicht, sie zu stören, während die Angeklagten bestrebt gewesen seien, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme müsse gesagt werden: es sind die Unrechten auf die Anklagebank gekommen. Der Mann, der mit dem Gummiknüppel betraffet in die Versammlung ging und den Gummiknüppel gegen seine Gegner schwang, hätte auf die Anklagebank gebracht werden müssen.

In ähnlichem Sinne plädierte auch Rechtsanwalt Sieghart Löwy für die Freisprechung des von ihm verteidigten Angeklagten Feder.

Das Urteil des Gerichts erging dahin: Hinsichtlich der Angeklagten Lucatis und Duhm ist nicht erwiesen, daß sie sich der Beleidigung oder Körperverletzung schuldig gemacht haben. Erwiesen ist, daß der Gummiknüppel zuerst in den Händen eines Deutschnationalen war und daß ihm Hoffmann den Knüttel weggenommen hat. Da ein Zeuge mit Bestimmtheit behauptet hat, Hoffmann habe ihn mit dem Knüttel geschlagen, so mußte Hoffmann wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs verurteilt werden, es sind ihm aber mildernde Umstände zugebilligt worden. Dem Angeklagten Feder ist nachgewiesen, daß er einen Anhänger der Deutschnationalen geschüttelt und ihm dadurch ein körperliches Mißbehagen verursacht, also eine Körperverletzung begangen hat. Die Verhandlung gegen den Angeklagten Wändel wird vortag, weil ein wichtiger Zeuge ausgeblieben ist. Hoffmann und Feder werden jeder zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt, Duhm und Lucatis werden freigesprochen.

Die Verhandlung hat klar erwiesen, daß die Deutschnationalen, ihre Führer Thomas voran, die Versammlung durch Rabau und Beleidigungen gestört haben, und daß zum mindesten ein Deutschnationaler mit einem Gummiknüppel — sicher nicht in der Absicht, damit zu dem Thema „Hohe Steuern, niedrige Gehälter“ zu sprechen — sich zur Versammlung begeben hat. Und gegenüber diesem Sachverhalt hat diese Triolengruppe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sich erdreistet, in haufenweise am Tage nach der Versammlung verbreiteten Flugschriften die Wirklichkeit auf den Kopf zu stellen und sich als die armen Opfer der von ihnen Ueberfallenen hinzustellen. Wird das Volkliche Telegraphenbureau, das gleiche Unwahrheiten nach der Versammlung in die Welt hinauspompante, seine unrichtige Nachricht nunmehr widerrufen?

Dieser Thatbestand ist, wiewohl eine Verurteilung von zwei Angeklagten erfolgt ist, unumstößlich festgestellt. Die Verurteilungen dürften in der Berufungsinstanz aufgehoben werden müssen. Denn selbst wenn ein Deutschnationaler geschüttelt oder mit dem seinem Freunde entwundenen Knüttel berührt ist, liegt unter den erwiesenen Umständen hierin keine Verletzung, denn auch der einzelne Versammlungsbesucher hat das Recht, sich gegen Rabau, Störungen und schlaglustige Hausfriedensbrecher zu schützen. Die Deutschnationalen, welche mit Gummiknüppeln die Versammlung besuchten, die Versammlung durch Beleidigungen und Rabau störten und durch wildes Geschrei die Fortsetzung der Versammlung verhindern wollten, haben durch ihr Eindringen in die Versammlung gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch begangen. Sie, nicht die Angeklagten, gehörten auf die Anklagebank. Uns wäre es gleichgültig, ob nachdem der Tatbestand gerichtlich festgestellt ist, gegen sie nunmehr von Amtswegen Anklage erhoben werden wird, wenn es uns gleichgültig wäre, daß die Verurteilung blind ist, wenn es sich um Straftaten handelt, die Sozialdemokraten gegen

über begangen sind. Eine Nichterhebung der Anklage rechtfertigt noch mehr als bisher für Sozialdemokraten die Anwendung der Notwehr.

Welcher anständige Mensch vermag, nachdem das Verhalten der Führer des deutschnationalen Verbandes so sounnenklar erwiesen ist, dem Triolenverband weiter angehören, ohne Scham zu empfinden?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. November 1909.

Die Sparsamkeit im Reichsschatzamt.

In einem Teil der bürgerlichen Presse wurde vor einigen Tagen berichtet, der Reichsschatzamtsekretär Bermuth solle bei der Aufstellung des neuen Reichsetats auf möglichste Sparsamkeit gedrungen und von den Forderungen einzelner Ressorts beträchtliche Summen — im ganzen an 180 Millionen Mark — abgestrichen haben, und zwar wären beim Heereshaushalt die größten Absätze vorgenommen worden.

Diese Nachricht hat aus leicht begreiflichen Gründen in gewissen Kreisen der Großindustrie, besonders bei den Stahlindustriellen, viel Verdruß hervorgerufen; denn an den Lieferungen für Heer und Flotte wird gut „verdient“. Um diese Verflümmung abzuschwächen, bringt die „Abern-Westf. Ztg.“ das Blatt, das bisher am meisten für Flottenrüstungen schwärmte, folgende, allem Anschein nach offiziöse Bewandlungsnotiz:

„Doch der neue Nachhaber im Reichsschatzamt bei seiner gründlichen Sparsamkeit seinen sehr erheblichen Widerstand fand, ist teils darauf zurückzuführen, daß er den Kanzler mit seiner vollen Zustimmung und Unterstützung hinter sich wußte, andererseits aber besonders beim Heereshaushaltplan, der bekanntlich stets eine besondere Rolle spielt, General v. Heringen als Realist wohl noch nicht sattefest genug ist, um jede einzelne Forderung erlämpfen zu können. Offenlich ist aber gerade hier nicht am unrechten Ende gespart worden. Daß es aber überhaupt möglich war, so ungeheure Summen einfach auszumergen, läßt doch die Vermutung aufkommen, daß an manchen Orten der Sinn für richtige Einteilung der wirklich vorhandenen Bedürfnisse noch recht schwach entwickelt ist. Es wäre dem Deutschen Reiches durchaus unwürdig, seiner augenblicklich immer noch bestehenden bedrückten Finanzlage wegen Absätze zu machen, die direkte Schädigungen am Organismus des Heeres oder der Flotte herbeiführen könnten, oder Deutschland gar hinderten, seinen kulturellen Verpflichtungen als führende Großmacht gerecht zu werden. Wie man uns aber versichert, handelt es sich bei den 180 Millionen um Dinge, die ihrer Beschaffenheit nach entweder einen Aufschub recht wohl vertragen können oder in der Tat überflüssig sind. Wir glauben daher, daß das deutsche Volk die stille ersprießliche Tätigkeit des Reichsschatzamtsekretärs voll anerkennen wird. Diese Art, Absätze zu machen, ist entschieden dem Gezänk im Reichstage um jeden einzelnen Pfennig vorzuziehen.“

In Wirklichkeit dürfte es sich bei der Ausstreuung der Nachricht, der neue Reichsschatzamtsekretär hätte aus übertriebenen Sparsamkeitsrücksichten beim Reichshaushaltsetat bereits größere Absätze vorgenommen, als sich eigentlich mit Deutschlands Großmachtsstellung verträglich, nur um eine auf die Ravidität so mancher Zeitungslerspekulierende geschickte Wache zu handeln. Man fürchtet offenbar in den Regierungskreisen, daß in Anbetracht der schlechten Reichsfinanzlage der Reichstag von den Etatsforderungen erhebliche Summen streichen könnte, und dem sucht man vorzubeugen, indem man versichert, der Reichsschatzamtsekretär hätte schon selbst die Forderungen der einzelnen Ressorts vermehren beschnitten, daß für den Reichstag nichts mehr zum Abstreichen übrig bleibe.

Kommunalwahlsiege.

Die erste preussische Gemeinde mit sozialdemokratischer Stadtverordnetenmehrheit.

Solingen, 5. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In Hochscheid (oberer Kreis Solingen) hat heute die Sozialdemokratie die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium erobert. In der zweiten Abteilung wurde Genosse Redakteur Diefel von der „Vergischen Arbeiterstimme“ mit 76 gegen 29 bürgerliche Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. Die Sozialdemokratie besitzt jetzt 13 von den 24 Mandaten des Hochscheider Stadtverordnetenkollegiums.

Die Siege in Altona.

Wie schon telegraphisch gemeldet, haben auch am zweiten Tage unsere Altonaer Genossen einen glänzenden Sieg über das vereinigte Spieghertum errungen. Bis zum Jahre 1908 glaubte sich die Bourgeoisie, die sich durch besondere Rückständigkeit in kommunalen wie sozialpolitischen Dingen auszeichnet, in ihrer Kommunalherrschaft durch das reaktionäre Wahlrecht — 1200 Mark-Zensus und offensichtliche Stimmabgabe — in ihrer Herrschaft gesichert. Als aber im Vorjahre unsere Partei einen gewaltigen Vorstoß machte, indem sie gegen die vorherige Wahl über 1000 Stimmen gewann, wurden die Prominenten, die stets im engsten Kreise die Wahlen „machten“, aus ihrer Leihargie emporgeschreckt. Hannibal ante portas! hieß es, Bürger, wachtet eure heiligsten Rechte! lautete die Kampfsparole gegen die Sozialdemokratie. Die ständische Oberbürgermeisteraffäre, die vielen kommunalpolitischen Sünden bewirkte, daß viele weiterblühende Bürger sich der Wahl der Roten freuen, von deren Eintreten für einen gesunden kommunalen Fortschritt sie eine Wendung zum Besseren erwarten. In diesen Erwartungen wird man sich nicht täuschen, die fünf Heide im bürgerlichen Karpfenteich werden für die nötige Bewegung sorgen.

Am ersten Wahltage erhielten unsere Kandidaten 3084 bezw. 3205, die Bürgerlichen 2806 bezw. 2919 Stimmen, am zweiten Wahltage, an dem drei Stadtverordnete zu wählen waren, musternten unsere Kandidaten 4064 bezw. 4058 und 4055, die Bürgerlichen 3357 bezw. 3324 und 3165 Stimmen. Wegen das Vorjahr ist unsere Stimmzahl um rund 2800 gewachsen, hat sich also mehr als verdoppelt. Von den über 17 000 Wählern übten etwas über 40 Proz. ihr Wahlrecht aus. Die Bedeutung dieser Wahl tritt um so schärfer hervor, wenn man in Betracht zieht, daß nur derjenige wahlberechtigt ist, der 30 M. Steuern bezahlt oder im Besitze eines Hauses ist. Und trotzdem haben unsere Genossen Dreisechse gelegt in das mit Privilegien doppelt unmaße Rathaus!

Niedrige Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen in Köln.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Köln, die am Donnerstag zu Ende ging, erhielten in der dritten Abteilung: Sozialdemokratie 10 660, Zentrum 18 796 und die freisinnig-nationalliberale Liste 4000 Stimmen. Bei der letzten Wahl vor zwei Jahren hatten Sozialdemokratie 3460, Zentrum 11 170 und Liberale 2580 Stimmen. Durch die Ausdehnung des Wahlrechts auch auf die Bürger, die zu einem Einkommen von 600—900 M. veranlagt sind (die beanlagte Steuer wird nicht erhoben), hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten von 40 000 auf 70 000 vermehrt. Die Wahlbeteiligung lag von 35 auf 48 Proz., ein Beweis, mit welcher Energie diesmal gekämpft worden ist. Die Zahl der Wahlberechtigten war um 41 Proz. gestiegen; die sozialdemokratischen Stimmen aber nahmen um 208 Proz. zu, während das Zentrum seine Stimmen nur um 68 Proz. und die Liberalen nur um 64

Prozent steigerten. Das ist um so bemerkenswerter, als die Wahl völlig im Zeichen der Reichsfinanzreform stand. Flugblätter, Plakate und Versammlungsreden befaßten sich zumeist mit den neuen Steuern. Von kommunalpolitischen Dingen sprachen nur unsere Parteigenossen, während das Zentrum die Vorgänge in Barcelona zum Mittelpunkt des Stadtratswahlkampfes in Köln zu machen suchte. Es bezeichnete die Kölner Sozialdemokratie immer wieder als Bundesgenossen der spanischen Anarchisten und suchte der Sozialdemokratie die Kirchenfürstentümer, Brandstiftungen und sonstigen Verwüstungsstaten des von den Spanischen Merkantilisten zum Aufheulen getriebenen Volkes an die Wandlöhne zu hängen. So ordinär wie bei dieser Stadtverordnetenwahl hat das Kölner Zentrum, insbesondere die kleine Lokalpresse, bisher noch nie bei einer Reichstagswahl gekämpft; noch nie haben Fälschungen und Verleumdungen solche Organe gefeiert. Und der Erfolg? Die sozialdemokratischen Stimmen haben sich mehr als verdreifacht!

Bei den Stadtratswahlen in Zweibrücken erhielt unsere Partei 5 Sitze. Bisher war die Sozialdemokratie noch nicht im Stadtrate vertreten!

Die Hochverratsanklage zusammengebrochen.

Das Reichsgericht hat das einzige getan, was es in dem betreffenden Prozeß gegen die beiden Anarchisten Ledyn und Lüdke nach dem Stande der völlig unhaltbaren Anklage tun konnte: es hat die beiden Angeklagten freigesprochen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende Senatspräsident Dr. Olschhausen aus: Das Gericht hat sich auf den Standpunkt des Sachverständigen und der bisherigen Praxis des Reichsgerichts gestellt. Es vermehrt in den intimierten Artikeln, daß es sich um einen bestimmten konkreten Akt gehandelt habe, der in nicht zu weiter Ferne eintritt. Daß an ein hochverräterisches Unternehmen in naher Zukunft gedacht ist, ist von der Verteidigung selbst zugegeben worden. Aber es fehlt die notwendige Konkretisierung. In dem ersten Artikel „Syndikalismus und Anarchismus“ wird auseinandergesetzt, wie die gewerkschaftliche Bewegung dem Anarchismus einerseits nützlich, andererseits schädlich sein könnte und der Schluß gezogen, daß der Anarchismus auf eigene Faust auf den Umsturz hinarbeiten müsse. Wo man aber einen bestimmten Vorgang sehen soll, bei dem einzutreten sei, ist in dem Artikel nicht näher dargelegt. Bei dem zweiten Artikel „Wenn Ihr Euch zur Tat entschließt“ liegt der Fall ähnlich. Es kommt selbstverständlich nicht darauf an, was sich der Verfasser bei Abfassung des Artikels gedacht hat, sondern darauf, was der Leser daraus entnimmt. Aber auch in diesem Artikel konnte das Gericht nichts finden, was die Anklage gestützt hätte. Die §§ 110 und 113 des Strafgesetzbuches kommen ebenfalls nicht in Frage. Es war daher, wie gesehen, auf Freisprechung zu erkennen.

Die Freigesprochenen wurden sofort aus der Haft entlassen.

Der Rückgang der freisinnigen Stimmen

Bei der Berliner Stadtverordnetenwahl, den wir bereits in unseren letzten beiden Nummern gründlich beleuchtet haben, tritt besonders markant hervor im achten Kommunalwahlbezirk. Dort hat, wie wir hiermit nachtragen wollen, am 23. Oktober 1906, als Genosse Antrich nach Braunschweig übersiedelte und infolge dessen sein Mandat niederlegte, eine Neuwahl stattgefunden. Diese ist nicht zu vergleichen mit einer Nachwahl, wo auf Grund der bestehenden Wählerlisten gewählt wird, und gibt daher ein anderes Bild als der Vergleich von 1903—1909, wie folgende Aufstellung zeigt:

8. Kommunalbezirk.

Eingekrieb. Wähler	Abgegebene Stimmen		Es erhielten		Zerspl.
	Wähler	Stimmen	Soziald.	Freis.	
1903 . . . 6283	2149	1356	791	2	
1906 . . . 6074	2308	1370	928	1	
1909 . . . 5776	2295	1695	600	2	

Im Jahre 1906 stimmten 159 Wähler mehr als im Jahre 1903, davon erhielten Sozialdemokratie 23 und Freisinn 137 Stimmen mehr; bei der Wahl 1909 wählten 13 weniger als im Jahre 1906, es erhielten Sozialdemokratie 316 mehr, Freisinn 328 weniger!

Nach dem Vergleich 1903—1909 hätten die Freisinnigen nur 191 Stimmen verloren, nach dem Vergleich 1906—1909 aber 328 Stimmen, und das binnen drei Jahren!

Gaundagrarierepolitik.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hat gestern (Freitag) mit 110 gegen 21 Stimmen das neue Haus- und Grundsteuergesetz angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten sowie 4 Liberale. Durch das neue Gesetz werden die Steuerlasten für den Hausbesitz um die Hälfte ermäßigt!

Seltene Praktiken fiskalischer Betriebe.

Im Anschluß an die Ausschüsse und Kopfschütteln erregenden Entschlüsse über die Art, wie die Verwaltung der vieler Reichswerke die Altmaterialeiten weit unter ihrem Werte an einen Ring von Händlern verschleuderte, wird uns geschrieben:

„Ein großer Mißstand für den Staat ist die Art und Weise, wie die Verkäufe bei der Werft gehandhabt werden.“

Während die Verwaltungen in Wilhelmshaven und Danzig und vor allen Dingen sämtliche deutsche Staatsbahnen ihre Materialien, die sich auf viele Millionen im Jahre belaufen, öffentlich ausschreiben und jeden Bieter ohne Kautionszulassen (die Kautions von 10 Proz. braucht erst nach geschicktem Zuschlag hinterlegt zu werden) und nachher die Preise veröffentlichten, hat die Werftverwaltung in Kiel seit Jahrzehnten die strengste Geheimhaltung sowohl über die Verkäufe selbst, als über die abgegebenen Preise bewahrt.

Aus diesem Grunde war es möglich, daß nur ein kleiner Teil von Bietern überhaupt davon Kenntnis hatte und sich ein Ring bildete, der dem Staat jährlich viele Tausende entzog, ganz abgesehen natürlich von den Unterschlagungen.

Ein gleiches unaufrichtiges Verfahren herrscht im Reichspostamt. Auch dessen Verkäufe an Altmaterialeiten sind sehr erheblich und belaufen sich speziell in Berlin allein auf mehrere hunderttausend Mark jährlich. Zum Verkauf gelangen hauptsächlich Bleistift, Kupferdraht und Eisen.

Trotz dieser Beschwerden kann sich die Ober-Postdirektion hier und anderorts nicht dazu verstehen, ihre Altmaterialeiten gleich den Staatsbahnen im Submissionsanzeiger oder in der Presse auszusprechen, jeden Bieter zuzulassen und die Verkaufspreise der Kontrolle halber zu veröffentlichen, sondern es wird nur eine kleine Anzahl von Händlern zur Preisabgabe aufgefordert.

Auf diese Weise hat sich hier seit Jahren die Praxis herausgebildet, daß die Bieter immer genau orientiert waren, wer zur Preisabgabe aufgefordert war (da es ja stets dieselben waren)

und unter sich einen Ring bildeten. Die Verwaltung wird nun um Tausende geschädigt, indem die Ware durch einen bestimmten Händler erstanden wird und am Abend des Zuschlagstages in einem Restaurant eine Zusammenkunft stattfindet, wo das Material nunmehr an den Höchstbietenden versteigert wird. Der Käufer, der für jeden dabei abfällt, ist jedesmal sehr erheblich gewesen! Das Wertwürdige ist nun, daß die hiesige Ober-Postdirektion verschiedenen großen Firmen auf deren Anfrage mitgeteilt hat, daß sie weitere Bieter nicht mehr zulassen könne, da bereits genügend vorhanden seien!

Alle bisherigen Beschwerden an die Ober-Postdirektion waren erfolglos; vielleicht ist es aber ein Erfolg dieser Veröffentlichung, daß endlich eine Änderung eintritt.“

Nord und Süd im Nationalliberalismus.

Der Streit um das Stichtwahlabkommen in Baden scheint sich zu einer literarischen Kauferei zwischen den national-liberalen Blättern Norddeutschlands und Badens auszuwachsen. Die Leiter des badischen Nationalliberalismus sind empört über die Vorwürfe, die ihnen von den nord-deutschen Blättern ihrer Partei, vornehmlich von der „National. Korresp.“ und der „National-Zig.“ gemacht werden, und antworten darauf mit heftigen Ausfällen auf die Führer des norddeutschen Nationalliberalismus. So schreibt z. B. die „Bad. Landesztg.“:

„Süddeutschland ist für die Norddeutschen eine Gegend, die sie auf Sommerreisen besuchen. Auf Sommerreisen besah man sich nicht gerne mit Politik, und so kommt es, daß man in Norddeutschland die politischen Verhältnisse des deutschen Südens mit dem größtmöglichen Mangel an einer doch immerhin wünschenswerten Sachkenntnis und rein nur durch die Brille der norddeutschen Verhältnisse betrachtet. Wenn nun konterbaitige oder gar offiziöse Blätter, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, vor unserem mehr demokratischen Gebirge eine instinktive Absicht haben, und ihn auch äußern, wenn insbesondere sich vor dem Stichtwahlabkommen des liberalen Blods in Baden mit der Sozialdemokratie förmlich befeindigen, so kann und das gänzlich kalt lassen. Die Leute wissen es nicht besser und können es nicht besser wissen. Aber wenn die nationalliberale Presse im Norden und wenn nationalliberale Abgeordnete, wie zum Beispiel Herr Fuhrmann, und ob der von und nach reichlicher Erwägung eingeschlagenen Taktik glauben abstrüpfeln zu dürfen, dann ist ein kräftiges Wort der Abwehr am Platze. Denn das haben sie mit ihren konterbaitigen Landesgenossen gemein: Sie verstehen zu wenig oder nichts von den Dingen, wie sie bei uns stehen, sie verstehen sich auch nicht auf süddeutsche Art und süddeutsches Denken. . . . Die „Nationalzeitung“ bringt es übrigens ganz nach dem Recepte unserer Zentrumspresse fertig, aus der Tatsache, daß die Zahl der nationalliberalen Mandate im Laufe der Zeit von 62 auf 17 zurückgegangen ist, die Frage zu formulieren, ob die von uns befolgte Politik und Taktik die richtige gewesen sein kann? Sie übersieht aber ganz, daß wir mit 75 000 Wählern immer noch ein Viertel des Volkes hinter uns haben und daß wir also in Baden immer noch sehr viel mehr bedeuten als die national-liberale Gesamtpartei im Reich.“

Eine rein grundsätzliche Verurteilung unseres taktischen Vorgehens bei den Landtagswahlen müssen wir als unverständlich, unfreundlich und unbedachtigt mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wie wir dem gemeinsamen liberalen Gedanken den Boden in Baden bewahren und neues Land dazu erkämpfen wollen, das wissen wir gerade nach diesen Wahlen besser als je. Darin werden wir uns durch eine Kritik, deren Begünstigte unseren nationalliberalen Parteifreunden im Norden gemeinsam sind mit unseren liberalen Landesgenossen im badischen Lande, nicht irren machen lassen.“

Die Tabaksteuer.

Im Kreise Herford machen sich, wie der „Königschen Zeitung“ von zuverlässiger Seite berichtet wird, die Wirkungen des neuen Tabaksteuergesetzes empfindlicher geltend, als in irgend-einem anderen Bezirke Deutschlands. Von 19 000 dort beschäftigten Tabakarbeitern sind jetzt mindestens 6 000 arbeitslos, die auf die Reichsunterstützung angewiesen sind! Man sieht in der westfälischen Zigarrenindustrie der Entwidlung mit ganz besonders schwerer Sorge entgegen.

Er hat nichts gesehen.

Im neuesten Heft seines „Plutus“ bestätigt Herr Georg Vernhard, daß er von der Unhaltbarkeit des Bundes der Landwirte — die er öffentlich als musterfähig bezeichnet und den kleinen Handel- und Gewerbetreibenden zur Nachahmung empfohlen hat — auch nicht mehr oder doch nur sehr wenig mehr als Herr v. Ullrich gesehen hat, das heißt also leere Formulare und Wörter. Es versteht sich, daß er dieses ihm vielleicht unbehagliche Gefühl wiederum in sehr ausgedehntem Drumherumreden einwickelt. Darauf eingezogen liegt kein Anlaß vor. Nur wollen wir noch einmal hervorheben, was wir an der Geschichte — soweit sie keine Verleumdung ist — merkwürdig finden, weil nämlich Herr Vernhard über diesen wesentlichen Punkt entweder sich selbst nicht klar ist oder Unklarheit zu verbreiten sucht.

Wertwändig ist, daß die „Deutsche Tageszeitung“, als sie den Vorwurf des Steuerbetrugs abzuwehren suchte, sich auf ein Zeugnis des Herrn Georg Vernhard zugunsten der Durchführung aus der Ferne berufen konnte.

Wertwändig ist, daß Herr Georg Vernhard, der „ehemalige Sozialdemokrat und scharfe Gegner der Agrarier“, im Oktober von neuem eine Lanze zugunsten der Durchführung aus der Ferne brach, obwohl inzwischen bekannt geworden war, daß diese Durchführung aus der Ferne — von ländlichen wie städtischen Kapitalisten — zu einem planmäßig organisierten Steuerbetrug benutzt wird.

Wertwändig ist endlich, daß Herr Vernhard sein günstiges Urteil gefaßt hat, obgleich ihm „wenig mehr“ als leere Wörter und Formulare zu Gesicht gekommen sind.

Noch eine weitere Wertwändigkeit können wir heute hinzufügen. Die nämlich, daß Herr Georg Vernhard auch jetzt wieder die Angaben des Professors Delbrück über agrarischen Steuerbetrug eifrig abzuschwächen sucht. Herr Delbrück hat bekanntlich neuerdings von einem Gut in der Provinz Sachsen berichtet, dessen Wert von einem Rechnungskontor um etwa eine Million zu niedrig herausgerechnet worden ist. Dazu meint Herr Vernhard, das sei „etwas gar nicht Absonderliches“. Wir finden sie (eine solche Inventarisierung) bei allen industriellen Unternehmungen genau ebenso. . . . In Berlin z. B. existiert eine ganze Reihe von Brauereien, die ihren Grundbesitz zum Einlaufpreis vom Jahre 1830 oder 1840 nach wie vor zu Buch zu stehen und sich damit große stille Reserven geschaffen hat.“

Natürlich — so sagt Herr Vernhard hinzu — darf man so nur für die Inventur rechnen, aber nicht für die Steuererklärung.“

„Aufruhr“.

Wegen militärischen Aufruhrs und Gehorsamsverweigerung haben sich der Feldwebel Dewes und die Unteroffiziere Stahn

und Pichtenberg vor dem Oberkriegsgericht in Berlin zu verantworten. Die drei sollen dem Befehl eines Leutnants v. Fischer, beim Exerzieren Schritt zu halten, nicht nur nicht nachgekommen sein, sondern die Mannschaft aufgefordert haben, dem Befehl nicht zu gehorchen. Die erste Instanz verurteilte deswegen Dewes zu fünf Jahren, die Unteroffiziere zu je zwei Jahren Gefängnis! Gegen das Urteil ist von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Die Verhandlung findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, das Urteil kann gestern (Freitag) erst sehr spät gefällt worden sein, oder der Spruch erfolgt heute.

Das Oberkriegsgericht in Hannover verurteilte am Donnerstag als Berufungsinstanz drei Soldaten wegen Aufruhrs: einen zu 3 Jahren Gefängnis, zwei andere zu je 5 Jahren Zuchthaus! Die Soldaten hatten im Wandern nach einem vergnügt verlebten Abend, an dem sehr viel getrunken wurde, angeheiß mit Steinen nach Unteroffizieren geworfen, die sie zum Heimgehen aufforderten. (Im Falle des zu Gefängnis Verurteilten konnte ein schlüssiger Beweis für die Beteiligung am sogenannten Aufruhr nicht geführt werden.) In erster Instanz war der Aufruhr verneint worden, und alle drei hatten je 8 Jahre Gefängnis erhalten.

Gegen das überaus harte Urteil des Oberkriegsgerichts soll Revision eingelegt werden.

Die Säbelscheide des Leutnants als „Erziehungsmittel“.

Vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt stand am Donnerstag der Leutnant Leo von Scopp vor der II. Kompagnie des 94. Infanterieregiments in Jena, Sohn eines in Hannover lebenden Oberleutnants o. D., unter der Anklage der Mißhandlung und Verleumdung eines Unteroffiziers. Am 31. August d. J. war Regimentsexerzieren. Während desselben mußte die 4. Kompagnie an dem Standort des Leutnants vorüber und aus Versehen ließ hierbei der Gefreite Pfaff den Leutnant, den er wegen seiner Vordermänner nicht hatte sehen können und ihm nun unvermutet ausweichen mußte, mit dem Ellenbogen an. Darüber geriet der Herr Leutnant in große Erregung, er wollte den Gefreiten fassen, was ihm aber nicht mehr gelang, deshalb ließ er ihn nach und ließ ihm mit den Worten: „Marie, Du Asst!“ die Säbelscheide so derb in den Rücken, daß der Soldat nach vorn taumelte. Sofort nach dem Stoß verpörrte Pfaff Schmerzen in der Kreuzengegend und mußte der Truppe nachfolgen. Der Gefreite, der inzwischen zur Kaserne entlassen und Eisendreher von Beruf ist, behauptet, noch heute Schmerzen zu haben, wenn er schwere Arbeit verrichtet. Mehrere Zeugen, darunter der Feldwebel von der 4. Kompagnie, befaßten den Vorfall so, wie er hier geschildert wurde, besonders behaupten sie im Gegensatz zu dem Leutnant, dieser habe gelächelt und nicht geklagt, so daß ihn der heutige Zeuge Pfaff nicht sehen konnte. Der Feldwebel stellt letzterem außerdem das Zeugnis eines sehr zuverlässigen Soldaten aus und auch das Führungszeugnis des Kompagniechefs v. Wangenheim lautet sehr lobend über Pfaff; insbesondere wird in demselben gesagt, es sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß Pfaff die Sache schlimmer darstelle, als sie wirklich gewesen sei. Der Anklageverteiler beantragte gegen den Leutnant, der übrigens schon mehrmals mit Stubenarrest und einem förmlichen Verweis bestraft ist, 15 Tage Stubenarrest. Der Angeklagte bestritt den Vorfall, den Pfaff strotzen zu wollen, er habe ihn „nur aufmerksam machen“ wollen, daß er in Zukunft vorlässiger sei und nicht wieder einen Vorgesetzten antreffe. Das Wort „Asst“ habe er nicht gebraucht, sondern nur gerufen: „Du (!) bist wohl ver-rückt!“

Das Urteil lautete auf — drei Tage Stubenarrest wegen Verleumdung und vorchriftswidriger Behandlung; der Stoß sei so wenig kräftig gewesen, daß eine Mißhandlung nicht angenommen wurde.

Wegen Aufruhrs vor dem Oberkriegsgericht in Erfurt stand am Donnerstag der Leutnant Leo von Scopp vor der II. Kompagnie des 94. Infanterieregiments in Jena, Sohn eines in Hannover lebenden Oberleutnants o. D., unter der Anklage der Mißhandlung und Verleumdung eines Unteroffiziers. Am 31. August d. J. war Regimentsexerzieren. Während desselben mußte die 4. Kompagnie an dem Standort des Leutnants vorüber und aus Versehen ließ hierbei der Gefreite Pfaff den Leutnant, den er wegen seiner Vordermänner nicht hatte sehen können und ihm nun unvermutet ausweichen mußte, mit dem Ellenbogen an. Darüber geriet der Herr Leutnant in große Erregung, er wollte den Gefreiten fassen, was ihm aber nicht mehr gelang, deshalb ließ er ihn nach und ließ ihm mit den Worten: „Marie, Du Asst!“ die Säbelscheide so derb in den Rücken, daß der Soldat nach vorn taumelte. Sofort nach dem Stoß verpörrte Pfaff Schmerzen in der Kreuzengegend und mußte der Truppe nachfolgen. Der Gefreite, der inzwischen zur Kaserne entlassen und Eisendreher von Beruf ist, behauptet, noch heute Schmerzen zu haben, wenn er schwere Arbeit verrichtet. Mehrere Zeugen, darunter der Feldwebel von der 4. Kompagnie, befaßten den Vorfall so, wie er hier geschildert wurde, besonders behaupten sie im Gegensatz zu dem Leutnant, dieser habe gelächelt und nicht geklagt, so daß ihn der heutige Zeuge Pfaff nicht sehen konnte. Der Feldwebel stellt letzterem außerdem das Zeugnis eines sehr zuverlässigen Soldaten aus und auch das Führungszeugnis des Kompagniechefs v. Wangenheim lautet sehr lobend über Pfaff; insbesondere wird in demselben gesagt, es sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß Pfaff die Sache schlimmer darstelle, als sie wirklich gewesen sei. Der Anklageverteiler beantragte gegen den Leutnant, der übrigens schon mehrmals mit Stubenarrest und einem förmlichen Verweis bestraft ist, 15 Tage Stubenarrest. Der Angeklagte bestritt den Vorfall, den Pfaff strotzen zu wollen, er habe ihn „nur aufmerksam machen“ wollen, daß er in Zukunft vorlässiger sei und nicht wieder einen Vorgesetzten antreffe. Das Wort „Asst“ habe er nicht gebraucht, sondern nur gerufen: „Du (!) bist wohl ver-rückt!“

Frankreich.

Die Wahlreform.

Paris, 5. November. Die Deputiertenkammer schloß heute die Beratungen über die Wahlreform fort. Ministerpräsident Briand erklärte kurz, die Regierung sei nach wie vor der Ansicht, daß die Reform im Prinzip wünschenswert sei, gegenwärtig aber sei sie unmöglich. Pelletan (sozialistischer Radikaler) wies auf die schweren Anzutragsigkeiten des Proportionalwahlsystems hin, das die kleinen Minoritäten vernichten und zu Kämpfen zwischen den Kandidaten derselben Partei führen werde.

Gambalschige freigelassen.

Den Häshern des Zaren ist eine Deute entgangen. Wassili Gamba schige, der junge Student aus dem Kaukasus, über dessen auf Verlangen der russischen Polizei in Frankreich vorgenommene Verhaftung wir berichtet haben, ist jetzt aus der Haft entlassen worden, weil sich kein Anhaltspunkt für sein angebliches Verbrechen finden ließ. Zweifellos hat der von den russischen Revolutionären an die Öffentlichkeit gerichtete Appell geholfen, dieses Ergebnis herbeizuführen.

Spanien.

Das verheerliche Abenteuer.

Paris, 5. November. Wie den Blättern aus Oran gemeldet wird, treten infolge der fort dauernden heftigen Regengüsse in der spanischen Rifarea überaus zahlreiche Krankheitsfälle an Ruhr, Typhus und Sumpffieber auf. Aus einzelnen Lagern sollen täglich etwa 220 Kranke nach den Spitälern gebracht werden.

England.

Annahme des Etats.

London, 4. November. Unterhaus. Am heutigen letzten Tage der Debatte über das Budget kennzeichnete Balfour das Budget als sozialistisch, weil es sich an der Sicherheit des Eigentums vergriffe, die von dem kommerziellen Gebeihen des Landes unzerrenlich sei. — Premierminister Asquith erklärte, das Budget werde die Billigung der überwiegenden Majorität der einzigen Instanz dieses Landes erhalten, die verfassungsmäßig befugt sei, sich mit den Finanzen des Landes zu beschäftigen oder sie zu regeln. Diese Herausforderung an die Lords wurde von den Ministerialen mit lautem, andauerndem Beifall begrüßt.

Schließlich wurde die dritte Lesung des Finanzgesetzes mit 379 gegen 149 Stimmen angenommen. Die Nationalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Verkündung des Ergebnisses fand eine große Kundgebung der Liberalen statt, welche Asquith und Lloyd George enthusiastisch feierten und sie zur Wendung des langen Kampfes beglückwünschten.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Mit dem 1. Januar 1910 tritt die Gewerbeordnungs-Novelle vom Dezember 1908 in Kraft. Und schon sind Schornmacher an der Arbeit, nach Möglichkeit das bisher durch die Novelle errungene Arbeiterschutz illusorisch zu machen.

Welche Änderungen werden durch das mit dem nächsten Jahre in Kraft tretende Gesetz geschaffen?

Durch die Novelle ist der Begriff „Fabrik“ aus der Gewerbeordnung gestrichen. Die besonderen Vorschriften, welche der vierte Titel des bedeutenden Abschnitts der Gewerbeordnung über die Fabriken enthält, ist auf alle gewerblichen Betriebe erstreckt, in denen mindestens in der Regel zehn Arbeiter beschäftigt werden.

Ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter finden fortan die Schutzvorschriften über die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen Anwendung: auf Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, ferner auf Hüttenwerke, Zimmereilagen und andere Bauhöfe, auf Werften sowie auf Werkstätten der Tabakindustrie. Auf Ziegeleien und über Tag befindliche Brüche und Gruben finden die Schutzvorschriften bereits Anwendung, wenn in diesen Betrieben in der Regel wenigstens fünf Arbeiter beschäftigt werden.

Die neuen Schutzvorschriften finden nach dem Gesetz keine Anwendung auf Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Apotheken, ferner auf diejenigen Arbeiter in Handels-, geschäften, welche nicht in einem zum Handelsgeschäft gehörigen Betriebe mit der Herstellung oder Verarbeitung von Waren beschäftigt sind, sowie auf die Angestellten in Heilanstalten und Genußheimen, Musik-aufführungen, Schaustellungen, theatralischen Vorstellungen und sonstigen Lustbarkeiten, sowie auf das Verkehrsgewerbe. Auf Gartenerien, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sowie auf das Verkehrsgewerbe finden die Vorschriften über die obligatorische Arbeitsordnungen Anwendung. Die Schutzvorschriften für Jugendliche greifen für Bäckereien und Konditoreien mit Bäckereibetrieb nur dann Platz, wenn diese Betriebe unter regelmäßiger Tag- und Nachtschicht arbeiten.

Die Änderungen der Schutzvorschriften gegenüber dem bestehenden Rechtszustand bestehen im wesentlichen in folgendem:

Für Arbeiterinnen und für jugendliche Arbeiter ist das Verbot der Nacharbeit, das bislang auf die Zeit von 8 1/2 Uhr abends bis 1/2 Uhr morgens erstreckt, auf die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ausgedehnt. Ferner ist für Arbeiterinnen und für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden vorgeschrieben. Endlich ist ein beschränktes Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause ausgesprochen.

Die besonderen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen bestehen in folgendem: Die Höchstarbeitszeit für Arbeiterinnen in Betrieben, in denen mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden, ist auf zehn Stunden und für die Sonntage und die Vortage der Festtage auf acht Stunden herabgesetzt. Der Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend, der zurzeit um 1/2 Uhr zu erfolgen hat, hat künftig um fünf Uhr zu erfolgen. Die Schonzeit für Arbeiterinnen endlich ist auf acht Wochen, von denen wenigstens sechs nach der Niederkunft liegen müssen, erweitert.

Diese Schutzvorschriften sind durch eine Reihe von Ausnahmen leider durchlöcherter. Ausnahmen sind möglich wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit, wegen Unterbrechung des Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle und in zwei Fällen durch Verordnungen des Bundesrats. Wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit kann für die Dauer von zwei Wochen durch die untere Verwaltungsbehörde die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren bis 9 Uhr abends an den Wochentagen außer Sonntagen und Feiertagen bewilligt werden.

Jedoch muß der Arbeitschluß um 9 Uhr abends erfolgen und darf die Arbeitszeit 12 Stunden nicht überschreiten; auch muß die zu gewährenden ununterbrochene Ruhezeit mindestens 10 Stunden betragen. Solche Ausnahmetage dürfen im ganzen 40 im Jahre bewilligt werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann jedoch 50 Ausnahmetage bewilligen, falls die Arbeitszeit in den Betrieben so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzlich vorgeschriebene Dauer nicht überschreitet. Die Ausnahmemöglichkeit für die Unterbrechung des regelmäßigen Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle ist dieselbe wie nach dem bestehenden Gesetz. Auch können die Pausen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter auf besonderen Antrag durch die untere Verwaltungsbehörde in gleicher Weise wie nach dem bestehenden Gesetz in anderer Weise, als das Gesetz es allgemein vorschreibt, geregelt werden, wenn die Natur des Betriebes oder Rücksicht auf die Arbeiter in den einzelnen Anlagen eine andere Regelung der Arbeitszeit erwünscht erscheinen läßt. Jedoch müssen fortan vor Erlass dieser anderweitigen Regelung der Pausen die ständigen Arbeiterausschüsse gutachtlich gehört werden. Die dem Bundesrat vorbehaltenen Ausnahmen beziehen sich auf Saisonarbeiten und auf Gewerbebezweige, in denen die Verrichtung der Nacharbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Wühlings von Arbeitserzeugnissen dringend erforderlich erscheint. Zum Beispiel für Konservenfabriken. Für Gewerbebezweige, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis (Saisonbetriebe) eintritt, dürfen 50 Ausnahmetage durch Bundesratsverordnung bewilligt werden; jedoch ist diese Bewilligung an die Bedingung geknüpft, daß die Arbeitszeit in der Weise geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet. Wo die Verrichtung der Nacharbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Wühlings von Arbeitserzeugnissen dringend erforderlich erscheint, ist der Bundesrat ermächtigt, Ausnahmen von den Schutzvorschriften für Arbeiterinnen mit der Maßgabe zuzulassen, daß die ununterbrochene Ruhezeit an höchstens 90 Tagen bis auf 8 1/2 Stunden herabgesetzt werden kann.

Der Bundesrat ist mit dem Erlass von Ausführungsbestimmungen zu der Novelle befähigt. Die Schornmacher sind an der Arbeit, um ihn zu veranlassen, den Durchlöcherungen des allergrößten Spielraums zu gewähren. So will der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine durch die Ausführungsbestimmungen den Begriff einer außergewöhnlichen Häufung der Arbeit zugunsten schlecht disponierender Geschäftsleute umgemodelt wissen. Eine außergewöhnliche Häufung der Arbeit liegt nach den schon heute geltenden Bestimmungen nicht vor, wenn diese Häufung durch schlechte Dispositionen des Betriebunternehmers herbeigeführt ist. Das will in einer längeren Eingabe der Zentralausschuß geändert wissen.

Gegenüber den ausführlichen Verboten der Gewerbeaufsichtsbeamten über die erzielte Wirkung eines Teiles der Saisonbetriebsinhaber durch Hinweis auf die geltenden Ausführungsbestimmungen, die solcher Vorherrschaft der Dummelei beim Disponieren entgegenstehen, darf man wohl annehmen, daß der Bundesrat diesen Gesetzen nicht stattgibt. Sie wären überhaupt nicht möglich gewesen, wenn dem Antrag der Sozialdemokraten entsprechend die Durchlöcherung beseitigt wäre. Ebenso steht es mit den Eingaben von Konservenfabriken, Fischkühlereien und Molkereien. Die nächsten Tage werden ja zeigen, ob in der Tat der Bundesrat den auf Beseitigung der Leinen in der Novelle liegenden Verbesserungen durch Verordnungen in der Tat nachzugeben gewillt ist.

Aus Industrie und Handel.

Elektrizität in der Landwirtschaft.

Nach einem Bericht in dem Organ des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften machte in der Provinz Hannover die Einführung der Elektrizität in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben ganz ungeahnte Fortschritte. Seit dem 1. Januar d. J. wurden dort 63 Elektrizitätsgenossenschaften gegründet, welche fast sämtlich sogenannte Leitungsgenossenschaften sind, die ihre Leitungsanlage selbst beschaffen und dann mit einem fremden Elektrizitätswerk Stromlieferungsverträge abschließen.

Die Bildung der Elektrizitätsgenossenschaften geschieht dadurch, daß das Kapital, welches für die Ortsanlage und den Anteil an der Hochspannungsleitung erforderlich ist, bei der Kreisparlament auf Grund der unbeschränkten Haftpflicht entliehen wird. In den Kreisen Hildesheim und Marienburg schließen sich in jedem Orte die Interessenten zu einer Leitungsgenossenschaft zusammen. Diese beschaffen sich das Ortsleitungsnetz und übernehmen einen Anteil an der gemeinschaftlich herzustellenden Hochspannungsleitung. Diese Hochspannungsanlage wird von einer alle Leitungsgenossenschaften umfassenden Elektrizitätszentrale erbaut, welche auch den für alle angeschlossenen Leitungsgenossenschaften bindenden Stromlieferungsvertrag mit einem Elektrizitätswerk abschließt.

Berliner Elektrizitätswerke. Der Bericht für das Geschäftsjahr 1908-1909 weist nach Abschreibungen in Höhe von 4 024 078 M. — im Vorjahre 3 348 503 M. — einen Reingewinn von 8 196 506 M. — im Vorjahre 7 889 028 M. — auf. Es werden wiederum 11 Proz. Dividende auf alle Stammaktien, 4 Proz. auf junge Stammaktien und 4 1/2 Proz. auf Vorzugsaktien verteilt.

Vom Fleischergewerbe.

In den 42 deutschen Städten mit über 100 000 Einwohnern befinden sich nach den Ergebnissen der Betriebszählung vom Jahre 1907 17,16 Proz. der im Reich ermittelten Fleischerei-Hauptbetriebe gegenüber einem Bevölkerungsanteil von 15,9 Proz. In diesen Betrieben sind 24,5 Proz. der im Reich gezählten gewerblichen Fleischer tätig. Der Fleischkonsum ist in den Großstädten infolge der andersartigen Ernährungsverhältnisse und des erheblichen Reiseverkehrs am größten. Dennoch weisen sie untereinander erhebliche Verschiedenheiten auf. In Charlottenburg entfallen auf einen Fleischereibetrieb mehr als 1300 Konsumenten, dahingegen in Frankfurt a. M. nur 625. Das auffällige Verhältnis zur Einwohnerzahl erklärt sich in Charlottenburg durch die Nachbarschaft von Berlin und das hier außerordentlich ausgebildete Markthauswesen. Schöneberg hat wegen der schon etwas größeren Entfernung von Berlin nur 1085 Personen auf einen Fleischereibetrieb.

Raasdorf Charlottenburg entfällt in Essen und Gelsenkirchen die größte Kopfzahl auf einen Fleischereibetrieb, nämlich 1300 bzw. 1396 Personen. Auch hier sind wieder örtliche Verhältnisse bestimmend, und zwar die starke Arbeiterbevölkerung in Verbindung mit Konsum bzw. Werkstoffindustrie. Die Kruppische Werkstoffindustrie in Essen deckt allein den Bedarf wenigstens für 34 000 Angestellte, wodurch die für die übrigen Fleischer übrig bleibende Bevölkerung von Essen von 231 000 auf 197 000 zurücksinkt. Bei Gelsenkirchen fördern die Wochenmarktsverhältnisse des Industriegebietes die eigenartige Erscheinung zutage. In Kiel, wo auf einen Fleischereibetrieb 1011 Einwohner entfallen, dürfte die Marineflottilie und das damit in Verbindung stehende Großlieferantenwesen die Ursache der auf einen Fleischereibetrieb entfallenden hohen Kopfzahl bilden.

Es entfallen nun weiter auf einen Fleischereibetrieb Einwohner: 1000-950 Stettin, Hannover, Dortmund, Bochum; 850 bis 900 Königsberg, Altona, Danzberg; 900-850 Berlin, Rixdorf, Duisburg, Ebersfeld, Stuttgart; 850-800 Danzig, Bremen; 800 bis 750 Breslau, Halle, Decaden, Leipzig, Mannheim, Straßburg; 750-700 Wiesbaden, Düsseldorf, Chemnitz; 700-650 Bosen, Karlsruhe; 650-600 Magdeburg, Kassel, Köln, Aachen, Braunschweig, Bremen; 600-550 Erfurt, Plauen; 550-500 Krefeld, Nürnberg, München, Frankfurt. Auf einen Fleischereibetrieb entfallen im Reichsdurchschnitt im Jahre 1907 721 Personen. Auf 100 Fleischereibetriebe entfallen im Reichsdurchschnitt 256 beschäftigte Personen, in den Großstädten aber 383, mithin 50 Proz. mehr.

Phönix, A.-G. Nach Mitteilungen in der dieser Tage abgehaltenen Generalversammlung sollen die Aktionäre für das laufende Jahr wiederum eine Dividende von 9 Proz. erhalten. In den beiden ersten Monaten dieses Geschäftsjahres ist ein Bruttogewinn von 3,74 Millionen Mark, gegen 2,62 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres erzielt worden. Und da fragt man über erdrückende hohe Löhne, ruinöse soziale Lasten und Begehrlichkeit der Arbeiter.

Versteigerte Roheisenproduktion. Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen Monat in der Erzeugung von Roheisen eine Rekordhöhe erreicht. Auf nicht weniger als 2 588 000 Tonnen beläuft sich die Roheisenproduktion gegen 2 385 000 Tonnen im vorhergehenden Monat und 1 567 000 Tonnen im Oktober 1908.

Das sogenannte Almaterial, ob Schiff, ob rostiges Eisen, verkloppt man ohne Gewissensqual zu Spott- und Schleuderpreisen.

Die deutsche Flotte, sie gilt mit Recht als ganz brillante Flotte, und die Kosten heute wie damals bleib das deutsche Volk, das Karnikel.

Franz.

Notizen.

Theaterchronik. Im Theateraal der Hof- u. für Musik findet am Sonntag eine Gastvorstellung Berliner Künstler unter Leitung von Julius Tiel statt. Zur Aufführung gelangen Hofemanns Köchler von Adolf Arzonge.

Kunstchronik. Die Sesssion wird ihre diesjährige Winterausstellung, die den zeichnenden Künsten gewidmet ist, am 20. November in ihrem Hause am Kurfürstendam eröffnet. Die Papiere für die Anmeldung, die bis zum 8. d. M. zu erfolgen hat, sind im Sekretariat erhältlich. Der letzte Termin für die Einlieferung von Kunstwerken ist der 10. November.

Vorträge. Das Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, veranstaltet in der kommenden Woche, abends 8 Uhr, folgende Lichtbildvorträge: Montag beginnt Prof. Wend einen Zyklus „Erinnerungen an eine Reise um die Erde“ mit einem Vortrag über: „New York und sein Hafen“; Dienstag spricht Russov Vashin über: „Der Kampf um den Nordpol“; Freitag Dr. Dr. Schulze-Lübke über: „Lübeck, sein Hafen und die Trave bis zur Mündung“. Einlosharten zu 1 M. für den ersten Vortrag und zu 25 Pf. für die übrigen Vorträge in der Geschäftsstelle.

Perecs Tod auf der Bühne. Im Theateraal der Pariser Vorstadt Grenelle fand die Erstaufführung eines Sensationsstückes statt, das den Titel führt „Perecs Tod“ und das tragische Ende des spanischen Freiendlers behandelt. Das Stück ist von dem revolutionären Sänger Montehus verfaßt, der auch die Hauptrolle spielte. Der Saal war überfüllt. Die Darstellung des Montehus wurde mehrfach von einem frenetischen „nieder mit den Kauten“ unterbrochen; als auf der Bühne die Internationale angestimmt wurde, nahm das ganze Publikum den Gesang auf und führte ihn brausend zu Ende. Die Polizei hatte ein starkes Aufgebot zur Überwachung gesandt, allein es kam zu keinerlei Zwischenfällen; ruhig und in vollkommener Ordnung verließ das Publikum nach Schluß der Vorstellung das Theater.

Der hl. Columbus. Man sagt nicht, daß die katholische Kirche tot und erstarrt sei; immer noch werden neue Heilige freier. Die Jungfrau von Orleans machte zuletzt den Prozeß der Heiligung durch. Jetzt wünschen 250 000 südamerikanischer Katholiken, daß Columbus, der Entdecker der neuen Welt, heilig gesprochen werde. Jedes ist es keine leichte Sache, sie erfordert viel Geduld und Geld, da vor einem besonderen Kollegium erst der gebührende Grad der Heiligkeit in einem förmlichen Prozesse erwiesen werden muß.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. „Flachsmann als Erzieher“, Otto Ernst's Schulmeisterkomödie, kam vor einen, wie es schien, überwiegendweise aus Lehrern und deren Angehörigen zusammengesetzten Publikum zur Aufführung. Dementwiderstand wurde ihr ein sehr lebhafter Beifall bereitet. In den Zwischenpausen entspann sich von sich zu sich eine nicht minder angeregte Diskussion für und wider die Komödie, wobei es auch an so manchen höchst rühmlichen Anschauungen, sowohl politischer wie pädagogischer Natur, nicht fehlte. Zum öffentlichen Protest aus Lehrerkreisen, wie vor zehn Jahren anlässlich der Erstaufführung, namentlich in Stuttgart u. a. D., kommt's heute nicht mehr; offenbar doch, weil die „Flachsmänner“ und „Weidenbäume“ weniger „wuchern“ als damals? Immerhin ist der erzieherische Wert dieser Komödie nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Durch die ganze Aufführung wehte ein frischer Zug, dank einer durchgängig guten Besetzung und vortrefflicher darstellerischer Leistungen, in wels letztere auch eine gewisse futuristische Tendenz bei einzelnen Scharaktertypen miteingerechnet werden darf. Den Flachsmann charakterisierte Ludolf Lettinger ganz ausgezeichnet. Ihm zur Seite stellt sich Karl Machold als Fleming. Den Regierungskamrat hat der Dichter ja mit viel Licht umgeben und man kann billig zweifeln, ob, zumal am grünen Tisch der preussischen Schulverwaltung, solche Idealisten gedeihen; aber Friedrich Holtzau strotzt diesen weißen Raben mit überzeugender Wärme aus. Sein Dr. Prell ist eine Prachtfigur. Insbesondere der Schüldner Regendauf, den Herr Paul Kaufmann höchst ergötzlich auf die Bühne gebracht hat, und so könnten wir alle Darsteller nennen, von denen jeder zu seinem Teile ein Stück fröhlicher redlicher Arbeit beitrug.

Humor und Satire.

Die Kriegs- als Handelsmarine.

Die alte preussische Tradition, sie feiert wieder Teilsymphe, nach strebt den Ahnen immer der Sohn, auch durch die schmutzigsten Sumpfe.

Reißbleibend hat man verankert einstmals die deutsche Marine; doch seit dies nette Spielzeug rentiert, macht man ihm gute Miene.

Die Lieferungen bringen Profit, sagt sich der Internehmer. Auch ich mach' gern einen kräftigen Schnitt, ergänzt der kleinere Krämer.

Das Vaterland aller Deutschen denkt selbst an die minderen Leute unter dem Cammerpad und schenkt ihnen auch von der Wente.

Kleines feuilleton.

Ein Jubiläum des Fernrohres. In diesem Jahre sind drei Jahrhunderte verfloßen, schreibt „Prometheus“, seit die Menschheit Kunde von der Entdeckung des Fernrohres erhielt. Wie in so vielen Fällen, kann man auch hier nicht von einem einzelnen Erfinder sprechen; vielmehr haben wahrscheinlich mehrere Personen dazu beigetragen, ihm die Gestalt zu geben, in der es zuerst auftaucht. Auf Grund genauer Nachforschungen ist man geneigt, folgendes als feststehend anzusehen.

Der Optiker Lippershey zu Middelburg in Holland scheint zeitlich der erste Konstrukteur zu sein. Ob er durch Zufall zu der Entdeckung kam, oder ob er die Anregung dazu dem Mathematiker Adrian Metius verdankt, ist nicht gewiß. Jedenfalls legte er am 2. Oktober 1608 den Generalstaaten ein Fernrohr vor, welches zur Benutzung mit einem Auge eingerichtet war. Die Staatsbehörden belohnten aber seine Erfindung erst dann mit einem Preise, als er ein Instrument konstruiert hatte, welches die Benutzung beider Augen gestattete. Schon im April des folgenden Jahres sollen in Paris solche „holländischen Fernrohre“ verkauft worden sein. Im Mai 1609 hörte Galilei von der Entdeckung. Er gibt dies selbst in einem 1910 erschienenen Buche an, sowie ferner, daß es ihm gelungen sei, auf das Gerücht hin ein Fernrohr auf Grund seiner Kenntnis der dioptrischen Gesetze zu konstruieren. Ob er wirklich nicht vorher schon einige Angaben über die innere Einrichtung der holländischen Instrumente besaß, ist nicht ganz sicher. Jedenfalls erkannte er sofort die Tragweite der Erfindung. Wir besitzen den Bericht des Profurators Geronimo Bruni, welcher erzählt, daß er mit sechs anderen Herren durch ein Galileisches Fernrohr vom Kampagne von San Marco den Turm, die Kuppel und die Fassade der Kirche Santa Giustina in Padua sehen konnte. Dies war am 21. August 1609. Das Hauptbedienstete Galileis in diesem Falle ist aber, daß er die neue Entdeckung sofort der Astronomie nützlich machte. Am 7. Januar 1610 entdeckte er mit seinem Teleskop drei Monde des Jupiter und kurze Zeit nachher auch den vierten.

Dem Fernrohre in der Gestalt, welche ihm Lippershey und Galilei gaben, ist die Vereinfachung einer Sammellinse als Objektiv mit einer Zerstreuungslinse als Okular eigentümlich. Kepler fand nun, daß man auch als Okular eine Sammellinse benutzen kann. Diese als „astronomisches Fernrohr“ bezeichnete Art hat außerdem den Vorteil, daß am Orte des entscheidenden reellen Bildes des betrachteten Objektes eine Netzvorrichtung (Fadenkreuz usw.) angebracht werden kann, was beim holländischen Fernrohr nicht möglich ist. Der Nachteil dieser Konstruktion, die Bilder auf dem Kopfe stehend zu geben, ist, für die Zwecke der Astronomie wenigstens, unerheblich. Kepler beschrieb dieses Instrument in der 1611 erschienenen Dioptrik; praktisch ausgeführt hat es zuerst wahrscheinlich Vater Sacroiner, etwa um 1613. Das terrestrische Okular, welches gestattet, die durch das astronomische Fernrohr entstehenden umgekehrten Bilder wieder aufzurichten, wurde erst später von Rheita konstruiert.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 7. November, abends 6 Uhr:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen

bei D. Raabe, Kolberger Straße 23.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Hans Block über:

„Der Siegeszug der Sozialdemokratie.“

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Zu zahlreichem Besuch laden ein Die Abteilungsleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col I. Amt 3, 1939. Charitestraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Montag, den 8. November:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

1. Norden: Bockbrauerei, Chausseest. 64, abends 8 1/2 Uhr.
2. Norden: Obligos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
3. Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.
4. Moabit: Frachtsäle Nord-West, Dielestraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
5. Westen und Schöneberg: Wieloche Restaurant, Grunewaldstraße 110, abends 8 1/2 Uhr.
6. Osten: Littins Festsäle, Niemeyer Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
7. Lichtenberg: Pickenhagens Restaurant, Scharnweberstraße 60, abends 8 1/2 Uhr.
8. Stralau und Rummelsburg: Blanes Restaurant, Alt-Bohnen 56, abends 8 1/2 Uhr.
9. Süden und Südost: Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15, Saal I, abends 8 1/2 Uhr.
10. Rixdorf: Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214-219, abends 8 1/2 Uhr.
11. Steglitz: Schellhases Festsäle, Hornstraße 15a, abends 8 1/2 Uhr.
Reinwahl der Bezirksleitung, der Agitationskommission und der Parteidelegierten.
12. Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8 1/2 Uhr.
13. Tegel: Gamma Festsäle, Bahnhofsstr. 1, abends 8 1/2 Uhr.
14. Weißensee: Roskopfs Festsäle, König-Chaussee 38, abends 8 1/2 Uhr.
15. Köpenick: Gratkowskis Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8 1/2 Uhr.
16. Spandau: Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße 80, abends 8 1/2 Uhr.
17. Oberschöneeweide: Lokal Hasselworder, abends 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Stufenbericht und Bericht der Revisoren.
2. Reinwahl eines Angestellten für die Kasse.
3. Reinwahl eines Beisitzers.
4. Antrag der Ortsverwaltung betr. Reinegelung der Bezirke.
5. An die Ortsverwaltung gelangte Mitträge.

126/3

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!

Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

250 M. die Parzelle Nassenheide.

direkt am Bahnhof [22055] Ein täglich zu den Bienen ab Etett. Bahn. 10.44 u. 12.40 am Nassenheider Bahnhof zu treffen. Fahrzeit nur 7/8 Std. Tel. Wolf, Kranenb., Berlinerstr. 52a.

Verband der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands.

Abt. I. Isolierer.

Sonabend, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, bei Freiheit, Drogenstraße 15:

Versammlung der streikenden Mitglieder.

Tages-Ordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung und die Lügen des Unternehmerverbandes. 291/1

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Sonntag, den 7. November, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Schmidt, Prinzen-Allee 33:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Uebersicht über den Stand der Angelegenheiten und Bericht über die Zahlreicheres Erscheinen erwartet. 144/15 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Sonabend, den 13. November 09, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Polzin, Gormannstr. 14, die

General-Versammlung

sämtlicher Arbeitnehmer-Vertreter statt.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht.
 2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern.
 3. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
 4. Verschiedenes.
- Um vollständiges und pünktliches Erscheinen erludt Der Vorstand. R. Blank, Vorsitzender.

Moderne Paletots

verkauft zu Fabrikpreisen Janower, Neue Friedrichstr. 35 I.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part.

Filiale Berlin.

Bersprecher Amt IV Nr. 4787.

Maler! Anstreicher!

Sonntag, den 7. November 1909, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Welt, Sagenheide 108-114:

Große Versammlung (Vereins-Versammlung)

für Maler und Anstreicher des gesamten Lohngebietes Groß-Berlins.

Tages-Ordnung: Das Angebot des Unternehmer-Verbandes. Referent: Kollege L. Jakobelt. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Parole am Sonntag, den 7. November, muß heißen: Alle Maler und Anstreicher nach der Neuen Welt! Die Ortsverwaltung.

Carl Stier

Fabrik für

Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO. Berlin W. Potsdam
Oranienstraße 166. Potsdamer Str. 113 a. Nauener Str. 23.

Zur Wintersaison

empfehle ich in großartiger Auswahl

Winter-Paletots und Ulster

zu 22,50, 25, 30, 35, 45, 50, 55, 60, 65, 70 und 75 M.

Jackett-Anzüge zu 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60 u. 65 M.

Gehrock-Anzüge zu 32, 38, 44, 50, 57, 63 und 70 M.

Hosen zu 2,50, 3, 3,50, 4, 4,50, 6, 7, 8, 9, 10,50, 12 bis 18 M.

Winter-Joppen zu 7,50, 9, 10,50, 12, 15, 16,50-27 M.

Loden-Pelerinen zu 12, 13,50, 15, 16,50, 18, 20, 22,50, 25 und 27 M.

Große Welten für extra starke Herren stets vorrätig.

Maßanfertigung

in vornehmster, bester und modernster Ausführung bei bekannter Preiswürdigkeit mit einer Lieferfrist von wenigen Tagen; in Eilfällen sogar in 24 Stunden.

Knaben- u. Jünglings-Garderobe (so nach Maß, Güte und Größe zu billigsten Preisen)



Ihre Aufmerksamkeit

lenken Sie auch, wie in letzter Saison,

auf unser

neues Credit-System!!

Jeder Besucher erhält am Sonnabend und Sonntag, den 6. und 7. November,

ein praktisches Geschenk

um jeden anzuspornen, sich die Vorteile unseres Geschäftes anzusehen!

Sämtliche Neuheiten für die Herbst- und Winter-Saison sind eingetroffen:

Damen-Konfektion, Mädchen- u. Kinder-Konfektion, Herren- u. Burschen-Konfektion, Pelzwaren,

Damen-Hüte u. Wäsche, Porzellan, Teppiche • Möbel in einzeln. Stücken • Wohnungseinrichtungen.



Eine Sensation für Berlin

bilden unsere billigen Preise, prima Waren und die coulanten Zahlungsbedingungen

Gratis und franko Möbel- und Warenkataloge.



Central-Leihhaus nur allein Jägerstraße 71

Ecke Kanonierstraße.

Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, zu sehr mäßigen Preisen.

Durch Ankauf von Gelegenheitsposten, welche billig erworben sind, sind wir in der Lage, Winteranzüge, teils Maßgarderoben, Hochzeits- sowie Jünglings- und Knabenanzüge, auch Teppiche und Gummi-Regen-Ulster zu äußerst billigen Preisen abzugeben, und ist die Auswahl in den schönsten Mustern eine außergewöhnlich große.

Moderne Winter-Paletots u. Anzüge teils in Monatsgarderobe 9, 10, 12, 15, 20, 25. guter Seide jetzt für M.

Auch Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ
Soweit Vorrat

Leipziger Strasse. Versand-Abteilung
Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

FRANKFURTER ALLEE
Soweit Vorrat

Schlußtag der Wohlfeilen Woche

Damen-Konfektion

Herbstblusen gefüttert, Wolle und Halbwolle **3⁹⁰**
Tüll- u. Spitzen-Blusen auf Seide **4⁹⁰ 8⁹⁰ 11⁷⁵**
Damen-Paletots verschiedene Ausführungen **4⁹⁰ 7⁵⁰ 12⁵⁰**

Polzwaren

Feeh-Wammen-Krawatte ca. 95 cm lang **4²⁵**
Imitiert Weissfuchs mit Kopf und Schweif, doppelt Pelz **6⁵⁰**
Zobel-Murmel-Stola mit Köpfen und Schweifen, ca. 220 cm lang . . **11⁵⁰**

Handschuhe

Damen-Trikothandschuhe mit Trikot-Halbfutter **45, 75, 95 Pf.**
Damen Schwedischleder extra starke Qualität, mit 3 Knöpfen . . **1⁴⁵**
Herren Wildleder-Imitation mit uni-Trikofutt., besonders haltbar **75 Pf. 1⁴⁵**
Lange Damen-Schwedischleder Mousquetaire-Form **95 Pf.**

Strümpfe und Trikotagen

Damenstrümpfe engl. Länge, deutsch. Länge, Wolle } **65 Pf.**
Herrensocken gestrickt Wolle, gewebt Wolle }
Hemden und Hosen Winter-Qualität } **85 Pf.**
Zuavenjäckchen gestrickt }
Untertaillen Trikot, mit und ohne Futter }

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
dicht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

ALLE TAGE ANDERS

Auf Kredit

Herren-Anzüge
Paletots, Ulster
Damen- u. Kindergarderoben

Kostüme in allen Farben, Jacken, Mäntel, Blusen, Röcke etc. etc. Nur Neuheiten in grösster Auswahl mit Grad-Zugaben: Herren elegant. Hut oder Stok, Damen H. Lederwaren.

Pelzwaren
Auswahl kolossal! Billigste Preise!

1 Mk. pro Woche
Absahlung

Möbel und Polsterwaren
(Eigenes Fabrikat.)

Einziges Abzahlungs-Geschäft, welches Mitglied d. Rabatt-Sparvereins „NORDEN“ ist.

ALLE TAGE ANDERS
grösstes Haus, direkt am Nettelbeckplatz, Park-, Gericht- und Reichensdorfer Strassen-Ecke.

D. Lechner

jetzt nur
Brunnenstr. 7
am Rosenthaler Tor.

Auf
Kredit

Herren-, Damen-,
Kindergarderobe,
Pelz-Stolas, Betten.

1 Mk. wöchentliche
Teilzahlung.

Anzahlung **5** Mk.
von **5** an.

MÖBEL
jeder Art.
Einzelne Möbelstücke von
5 Mark Anzahlung an.
Liefere auch nach auswärt.

Teppiche, Portieren, Bilder,
Kinderwagen, Kronen usw.

Vorzeiger dieses Inserats
erhält nach Einkauf 3 Mk.
gutgeschrieben.

Sonntags h. 2 Uhr geöffnet.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Walter Wittig & Co.
Berlin N. 31, Brunnenstraße 35. — Filiale: Kottbuser Straße 9.

Großer Ausverkauf

nur in unserem Geschäfte Brunnenstraße 35,
der durch Feuer leicht beschädigten Waren:

Laufdecken □ Glocken □ Sweater
Rucksäcke, Fußhalter, Laternen, Griffe
Nähmaschinen und einige Fahrräder
zu enorm billigen Preisen.

Carl Zobel □ Hermann Vandsburger

BERLIN

Köpenickerstrasse 121 im Eckhaus Friedrichstrasse 7 am Belle-Alliance-Platz Turmstrasse 30a Ecke Wilhelmshavenstr.

Sacco-Anzüge
in den modernsten Fassons und Farben
16.50 20.- 24.- 27.- 30.- 35.- bis 60.- M.

Paletots □ □ Ulster
in denkbar grösster Auswahl
18.- 22.50 25.- 28.- 30.- 36.- bis 65.- M.

Für die Solidität der Stoffe und Zutaten übernehmen wir volle Garantie

Herren-Bekleidung
fertig und nach Mass

Die Mass-Anfertigung
geschieht in eigenen Werkstätten unter Leitung erster Zuschneider und bürgt das alte, vorzügliche Renommee unserer Firmen für tadellosen Sitz und gediegene, elegante Ausführung.

Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg.

Auf zur Wahl!

In letzter Stunde richten wir nochmals an die Wähler der dritten Abteilung das dringende Ersuchen, bei der heutigen Stadtverordnetenwahl vollzählig zu erscheinen und für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen.

Die „Liberale Fraktion“ hat im letzten Augenblick noch zu einem ganz besonderen Mittel gegriffen, um in der dritten Abteilung einen Erfolg zu erzielen. Sie hat im 9. Bezirk die Kandidatur des Baubeamten Thomas zurückgezogen und dafür den Verkehrssinspektor Zierus von der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft aufgestellt.

In der Zurechtweisung der Wähler leisten die Liberalen überhaupt alles nur Erdenkliche. Sie stellen sich hin und erklären, daß die Sozialdemokratie der Liberalen Fraktion auch nicht den leisesten Vorwurf der Rückständigkeit auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge machen könne.

Angesichts dieser Umstände ist es eine ziemliche Dreistigkeit von der „Liberale Fraktion“, sich vor den Wählern hinzustellen und zu erklären, daß sie in der Arbeiterfürsorge den Sozialdemokraten nicht nachstehen.

Der „Liberale Fraktion“ muß heute der Beweis erbracht werden, daß auch sie nichts in der dritten Abteilung zu suchen hat. Erreicht die „Liberale Fraktion“ durch den jetzigen Wahlkampf die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, dann ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Wetterwirtschaft in Schöneberg wieder festen Boden fassen wird.

Die Wähler haben alles aufzubieten, um den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Es muß eine Ehrenpflicht für jeden Parteigenossen sein, sein Teil mit dazu beizutragen. Darum: Auf zur Wahl!

In einer überaus gutbesuchten Wählerversammlung, die am Donnerstag in den Neuen Rathauskellern stattfand, schilderte Genosse Rosenbahr die Rückständigkeit der Freisinnigen im Reich, Staat und Kommune.

Die Parteigenossen werden ersucht, sich alle rechtzeitig einzustellen, um die ihnen übertragenen Arbeiten entgegenzunehmen. Desgleichen wollen die Genossinnen sich zahlreich zur Verfügung stellen.

Die Genossen aus den Nachbarorten werden gebeten, sich zur Wahlhilfe im Wahlbureau, Lokal Ruzschi, Reiningter Straße 8, zu melden.

Die Arbeiter-Madefahrer wollen ebenfalls zeitig antreten, da ihre Tätigkeit bereits früh einsetzt. Das Wahlbureau ist von 8 Uhr an geöffnet. Das Wahlergebnis wird abends im Tunnel bekanntgegeben.

Alle Mann an die Arbeit!

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 7. November findet um 2 Uhr und 5 Uhr je eine Urania-Vorstellung statt. Zum Vortrag kommt: Die neue Dolomitenstraße. Villetts a 65 Pfennig sind noch im Bureau des Wahlvereins, Straßauer Platz 1/2, sowie vor Statufinden der Vorträge in der Urania, Taubenstr. 48/49 zu haben.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 7. November, abends 6 Uhr findet in Bernhard Naabes Salon, Kolberger Straße 23 eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Hans Bloch über: „Der Siegeszug der Sozialdemokratie“.

Charlottenburg. Parteigenossen! Am Montag finden die Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung statt. Am 3. November haben die Berliner Genossen den Sieg, welche die Partei in den letzten Wochen erstritten, einen neuen überaus glänzenden Erfolg hinzugefügt.

Parteigenossen! Sorgt am Montag dafür, daß Charlottenburg nicht hinter Berlin und den anderen Orten im Reiche zurückbleibt, erteilt auch hier eine deutliche Quittung für die neuen Steuern, an denen auch die Liberalen trotz aller ihrer Ablehnungen und Verdrehungen ihr volgerüttelt Maß an Schuld haben.

Am Sonntagvormittag findet im Volkshaus, Rosinenstraße 3, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Stadtverordnetenwahlen behandelt werden. Wir machen nochmals auf diese Versammlung aufmerksam.

Der Vorstand des Wahlvereins. Besonders die des sechsten Kreises, sich uns am Tage der Stadtverordnetenwahlen, am Montag, den 8. November, nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Das Zentralwahlbureau befindet sich Rosinenstr. 3.

Abt. Hof. An Stelle des am 10. November stattfindenden Zahlenspieles findet für unseren Ort am Dienstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Frau ein Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über Schiller und die Arbeiterklasse. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Eichhorn. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten und Verchiedenes. — Monatliche Beitragzahlungen nehmen die Bezirksführer in der Versammlung entgegen. — Weiter sei auf die morgigen, Sonntag, nachmittags 1/3 Uhr, im Lokal von Wöllstein stattfindende, vom Bildungsausschuß veranstaltete Theatervorstellung hingewiesen.

Schmargendorf. Am Sonntag, den 7. November, früh 7 Uhr findet eine Kantonstour für Schmargendorf, Dahlem und Grunewald statt. Treffpunkt in den von den Bezirksführern bekannt gegebenen Lokalen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Widerspruch des Dreiklassenwahlrechts zur Kommune kam bei der gestern erfolgten Ernennung der Stadtverordneten für die erste Wählerabteilung in der krassesten Weise zum Ausdruck. Die auf die 16 Bezirke verteilten Kandidaten wurden mit 15-36 Stimmen zum Stadtverordneten ernannt. Einer der Herren, Dr. Preuß, brachte es auf 50. Da fünf Stunden Wahlzeit vorgegeben waren, wurden die Wahlvorstände von der gräßlichen Längeweile geplagt, die sich verschiedene Vorstände durch einen gemütlichen Skat zu vertreiben suchten.

Zur Stadtverordneten-Stichwahl im 2. Wahlbezirk. Die Leitung der sozialdemokratischen Organisation Groß-Berlins hat am Donnerstagabend beschlossen, die Genossen aufzufordern, bei der Stichwahl am 16. November zwischen dem Demokraten H. v. Gerlach und dem Freisinnigen Leis für den Demokraten zu stimmen.

Zur Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung im 8. Bezirk wird der „Berl. Volkzeitung“ aus Berliner Lehrkreisen geschrieben:

Der Kommunalfreisinn fühlt offenbar, daß die Lehrer aus den Reihen der freisinnigen Volkspartei fliehen. Um sich nun am Wahltag der Unterstützung der Lehrerschaft zu sichern, hat man im 8. Bezirk zu einem etwas eigenartigen Mittel gegriffen. Am Dienstag morgen vor der Wahl erhielt ein Lehrer ein Flugblatt für den freisinnigen Kandidaten Dauer, unterzeichnet von einem Wahlkomitee, unter dem zu seiner großen Verwunderung der Lehrer seinen eigenen Namen fand. Er hatte weder den Entwurf des Aufrufs gesehen, noch seine Unterschrift gegeben, noch überhaupt eine Einladung zu einer Komiteesitzung oder Versammlung erhalten.

Reklamation bei ungeduldfertiger Veranlagung zur Kirchensteuer. Das Oberverwaltungsgericht hat, wie die „Deutsche Juristen-Zeitung“ mitteilt, vor kurzem dahin entschieden, daß ein zu Unrecht zur Kirchensteuer Herangezogener diese Steuer bezahlen muß, wenn er gegen die Veranlagung nicht rechtzeitig Einspruch einlegt.

Der Mäher irrt, wenn er glaubt, daß ihn der Austritt aus der Landeskirche vor der Heranziehung zur Kirchensteuer ohne weiteres und unter allen Umständen schütze, und daß das Nichtmittel des Einspruchs nur zur Geltendmachung von Einwendungen gegen die Höhe einer sonst begründeten Veranlagung gegeben sei.

führende Ausschuß weder durch Beschwerde noch durch Klage zur Berücksichtigung des nachträglich geltend gemachten Austritts aus der Landeskirche genötigt werden, da ein Eingehen auf die Sache selbst überhaupt ausgeschlossen war. — Die Frist von vier Wochen für den Einspruch ist nach Artikel III des Staatsgesetzes vom 14. Juli 1906 und § 94 des Kommunalabgabengesetzes eine Ausschlussfrist; nur für ihre Dauer ist das Rechtsmittel gewährt und nach ihrem Ablaufe der Herangezogene an der Ausübung des Rechtsbehelfes gesetzlich verhindert.

Rüchgenabfälle. Unter dieser etwas anrüchigen Überschrift gingen kürzlich Mitteilungen durch die bürgerliche Presse, die sich mit der Rüchgenpraxis in den Berliner Gastwirtschaften beschäftigten. Herr Ringel, Präsident des Verbandes deutscher Gastwirte, hatte einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ gesagt, es sei allgemein üblich, die auf den Platten (nicht auf den Tellern) liegen gebliebenen Speisen für andere Gäste nochmals zu verwenden.

Uns regt die ganze Frage nicht allzusehr auf. Sicher ist, daß Tausende von Familien nicht in der Lage sind, sich eine Kost zu leisten, die auch nur annähernd den „Abfällen“ entspricht, um die hier der Streit entbrannt ist. Gleichgültig ist die Frage natürlich für niemanden, der hier und da gezwungen ist, sein Essen im Restaurant einzunehmen. Für heute möchten wir einmal kurz die Frage erörtern, in welcher Weise die Angestellten in gastwirtschaftlichen Betrieben befristet sind.

Die sehr häufig mag die große Mehrzahl der Hotel- und Restaurantangestellten nach jenen „Futterfässern“ hängen, von denen der oben bezeichnete Hotelier spricht. Wie wohlgenährt, ja gemästet würden diese sein, wenn das „Schweinefutter“ ihnen überlassen würde. Sie erhalten es leider nicht; ihre Arbeitgeber sind in großer Besorgnis wegen der Bazillen, die durch das Husten, Niesen usw. der Gäste angefallen sein könnten.

Und das Mittagessen? Im allgemeinen von gleicher Güte. Ausgezeichnetes Suppenfleisch, Bouletten, „Kellnergulash“. Das letztere ist ein Gemengel von allerhand Speiseresten von oft zweifelschwerer Herkunft. Es liegen sich hier zahlreiche Beispiele beibringen von großen Berliner Hotels und Restaurants, in denen die Angestellten nicht bloß ungenügend, sondern vielfach auch mit verdorbenen Speisen befristet werden.

Soweit die Zustufe. Wäre die Darstellung des oben bezeichneten Herrn Hoteliers richtig, würden wirklich keine Speisereste von Platten und aus Schüsseln wieder verwendet, dann wäre die drakonische Bekrafung derjenigen Angestellten nicht zu verstehen, die um ihren Hunger zu stillen, selbst die Scheu vor den Bazillen überwinden und sich ein Stück Fleisch von den aus dem Speisefaal zurückkommenden Platten nehmen.

Dem Antrage der Tiefbaudeputation entsprechend wurde beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über den Ankauf oder die Entzerrung der Grundstücke zu machen, die die Stadtgemeinde zur Verbreiterung der Landberger Straße zwischen Katharinen- und Viehmannstraße noch braucht.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen für Oktober betrugen 81 244,85 M. gegen 65 716,80 M. im Oktober des Vorjahres, das ist eine Tageeinnahme von 2030,80 M. gegen 2110,00 M. im Oktober 1908. Es wurden insgesamt 892 951 Personen gegen 703 316 im Vorjahre befördert. Die Anzahl der gefahrenen Wagenkilometer (Motorwagen und Anhängewagen) ist von 118 845 des Vorjahres auf 141 902 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 57,25 Pf. gegen 55,30 Pf. im Vorjahre.

Aufsicht über Privatschulen. Vielfach wendet sich die Bürgerchaft in Angelegenheiten der Aufsicht über die Privatschulen nach an den Magistrat. Die Stadt hat aber mit der Aufsicht über die Privatschulen Berlin nicht mehr zu tun, die zuständige Behörde ist das königliche Provinzial-Schulkollegium.

Widbrauch städtischer Organe durch den Staat.

Auf Veranlassung des Justizministers sind die Armenkommissionen angewiesen worden, in allen Fällen Auskunft zu erteilen, z. B. ob befristete oder zu befristete Personen zur Zahlung von Kosten usw. im Stande sind. Für die Armenkommissionen-Vorsteher haben beschlossen, diesem Einsehen nicht zu entsprechen, weil solche Auskünfte, die früher von der Polizei befragt wurden, nicht zu ihren Obliegenheiten gehören.

Die Armenvorsteher tun ganz recht daran, wenn sie solche oben gekennzeichneten Auskünfte ablehnen. Nur sollte der Berliner Magistrat der Justizbehörde deutlich machen, daß die Stadt ihm keine Pöbelplaudereien zu leisten braucht.

Wo steht die Sanitätskommission?

In Berlin bestehen sogenannte Sanitätskommissionen. Sie setzen sich zusammen aus Bürgern der Stadt und Vertretern der Polizeibehörde. Diese Kommissionen sind leider nur Schein-Kommissionen; es vergehen Jahre, ehe sie einmal zusammentreten. Höchstens wenn eine Epidemie droht oder schon am Orte grassiert, ruft man die Mitglieder zusammen, sonst nicht. Und doch könnte eine solche Kommission sehr nützlich wirken. Es gibt sanitäre Missetaten in Häuse und Gassen — wir erinnern nur an die Verkaufsstellen für Wohnungen, wo die Kommission ein Tätigkeitsfeld fände. Es ist zweifellos, daß die gesamte Bürgerchaft an einem guten Gesundheitszustand in der Gemeinde das dringendste Interesse hat, und man sollte nicht erst warten, bis Epidemien ausgebrochen sind, sondern vor allem, was unterm Erachten weit wichtiger ist, vorbeugen, daß wir nicht von Pestkrankheiten heimgesucht werden. Das kann aber sehr leicht geschehen, wenn an gewissen Stellen der Stadt Seuchenherde gebildet werden. Uns wird mitgeteilt, daß die Abortverhältnisse in Dietrichs Hof, Frankfurter Allee 47, geradezu hirnverleumdend sind. Dort befinden sich auf dem zweiten Hof zwei offene Klosetts, die jedem, der den Hof passiert, zugänglich sind und die in einem jämmerlichen Zustande sind. Da die Reinigung selten erfolgt, so stören die Klosetts von Schmutz, Arbeiter einer Tischlerei, Lederverlei, Polstererei usw., Jugendliche wie Erwachsene sind auf die Benutzung dieser Herden angewiesen. Der Polizei und dem Gewerbeinspektor soll schon Mitteilung von diesen Zuständen gemacht worden sein, Abhilfe ist noch nicht erfolgt. Soll erst eine Krankheit ausbrechen? Hoffentlich tragen diese Zeiten zur schleunigen Abhilfe des zum Himmel stinkenden Zustandes bei.

Liebesdrama. Im „Gasthaus zur Kornblume“ in Potsdam hat sich gestern vormittag ein Berliner Liebespaar mittels Revolver tödliche Verletzungen beigebracht. Nach aufgefundenen Papieren handelt es sich um den Kaufmann Schulz und Kränke Margarete Frauenheim, letztere in Berlin, Brunnenstr. 115 wohnhaft und 1877 geboren. Schulz hatte zuerst die Geliebte und dann sich durch je einen Schuß zu erschießen versucht. Schwer verletzt und bewußtlos wurden sie in das städtische Krankenhaus gebracht.

Bei der Wahlarbeit das Fahrrad gekohlen. Am Mittwochabend brachte ein Arbeiterfahrrad das Wahlrecht nach dem Versammlungslokal „Prochaska-Rordwest“ in der Weststraße. Während der Fahrt fiel es in das Versammlungslokal, ließ er sein Rad an der Tür stehen. Bei seiner Rückkehr war es verschwunden. Es ist eine „Fisch auf“-Wahlkarte Nr. 47/15. Wer über den Verschleiß des Rades Mitteilung machen kann, wolle solche an den Schrift-seher Büß, Fischer, Weinstr. 20, gelangen lassen.

Auf der Treppen-Sternwarte spricht Dieckhoff. Dr. P. S. Dieckhoff am Sonnabend, den 6. November, abends 8 Uhr, über „Sohn und Mars.“ Sonntag, den 7. November, vormittags 5 Uhr, über „Mars eine zweite Erde“, und abends 7 Uhr über „Eine Wanderung durch das Weltall“. Ferner am Montag, den 8. November, abends 9 Uhr, über „Weltuntergangsgeschichten und Kometenfahrt“. Alle Vorträge sind gewissermaßen mit zahlreichem Lichtbildern ausgestattet. Da das Publikum nicht stark, so sind die Beobachtungen mit dem großen Fernrohr jetzt besonders zu empfehlen.

Eine Taubenaussstellung veranstaltet der „Club Berliner Taubensüchter 1906“ vom 6. bis 8. November in Altkens Hofstraße, Hafenstraße 14/15.

Verkehrshemmungen. Aus Anlaß der am 10. d. M. vormittags 11 Uhr im Lustgarten stattfindenden Rekrutenübergabe werden von 10 Uhr vormittags ab bis nach beendeter Feier der Festgärten, die Schloßfreiheit, die Schloß- und Kaiser-Wilhelm-Brücke für jeden Verkehr gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ein Volkswort gegen den Zustrom der minderbemittelten Bevölkerung glaubt die Stadtverwaltung darin gefunden zu haben, daß sie bei Straßenregulierungen mit den Besitzern des Grundbesitzes, meistens Terrängeneigentümern, Verträge abschließt, die Garantien für eine gute Bebauung, insbesondere geschmackvolle Fassaden fordern. Ein dergleichen Vertrag soll zunächst für die Martin-Luther-Straße, zwischen Rathausplatz und Hauptstraße, für die Poststraße, von der Koburger bis zur Jansbrücker und für eine neue Parallelstraße der Poststraße zwischen Martin-Luther- und Jansbrücker Straße, mit der Terrängeneigentümer Groß-Berlin abgeschlossen werden. In dem Vertrage wird u. a. gefordert, daß für sämtliche Grundstücke mit Vorgärten an erster Stelle eine grundsätzliche Eintragung zugunsten der Stadtgemeinde des Inhalts zu bewirken ist, daß hinter den Vorgärten Läden weder angelegt noch eingerichtet werden dürfen. Auf diese Weise sind die Kleingewerbetreibenden mit ausgeschaltet. Ueber die Windesgräbe der Wohnungen hat die Unternehmerin ihren Käufern die Verpflichtung aufzuerlegen, daß in den Vorderhäusern nur Wohnungen von vier Zimmern im Durchschnitt zu bauen sind. Vorderwohnungen von weniger als drei Zimmern dürfen nicht gebaut werden. Bemerkenswert ist ein Passus, wonach — Käufer, die in den ersten drei Jahren nach Abschluß des Vertrages festgelegt werden, deren Vorderhaus mindestens vier herrschaftliche Wohnungen mit sieben Zimmern und deren Hinterhäuser keine Wohnungen von weniger als drei Zimmern enthalten, die Wertzuwachssteuer sowie etwaige auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes ausgeschriebene Beiträge zu den Kosten des Stadtparks und der Untergründbahn von der Stadt nicht erhoben bezw. zurückerstattet werden. Räume wie Wädhengzimmer, Küche, Wabefläche, die weniger als 12 Quadratmeter Grundfläche haben, werden nicht als Zimmer gerechnet. In den Vorderhäusern muß entweder Fußboden- oder Zentralheizung oder eine zentrale Warmwasserheizung eingerichtet werden. Diese Verpflichtungen sind in den Kaufverträgen aufzunehmen; für den Fall der Nichterfüllung soll eine Konventionalstrafe von 10000 M. erhoben werden.

Allerdings steht der Stadt eine Einwirkung darüber, wie der Erbauer baut, nicht zu, aber da das Grundbuch besondere Bestimmungen über die Bauart aufgenommen hat und bei der Bau-erlaubnis einige Schwierigkeiten bereitet werden können, so läßt sich eben der Unternehmer solchen merkwürdigen Bestimmungen. Auf diese Weise wird das Proletariat von gewissen Gegenden vollständig ausgeschlossen.

Rigsdorf.

Die heute abend im Rigsdorfer Theater, Bergstr. 147, stattfindende Schülerfeier nimmt präzis 9 Uhr ihren Anfang. Die Teilnehmer werden ersucht, da der Saal schon um 8 Uhr eröffnet wird, recht-

zeitig zu erscheinen, um unliebsame Störungen zu vermeiden. Eintrittskarten a 50 Pf. sind in der Expedition, Redaktions-2, erhältlich. Keine Vereinnahmung erwartet. Der Bildungsausschuß.

Lichtenberg.

Wir erinnern daran, daß unser „Dreißblättchen“ wiederholt streikende Arbeiter beschimpfte. Das erbittert sein Gemüt, es kämpft, leugnet und behauptet, in Bewußtlosigkeit gehandelt zu haben. Wir meinen, wenn man Arbeiter in den Rücken fällt, indem man die Behauptung aufstellt, Streikende hätten Schulden angehäuft und mit Steinen geworfen, und sich der Pflicht der Beweisführung entzieht durch die Bemerkung, die Täter seien nicht erkannt worden, dann ist das weniger Bewußtlosigkeit als Bosheit. In zwei Fällen hat das „Dreißblättchen“ bei Gelegenheiten von Streiks in Lichtenberg so gehandelt. Noch schlimmer liegt ein anderer Fall. Zur Zeit der letzten Zehnbrücker der Bau- und Geldstrafenfänger kam es eines Sonntags auf dem Gesundbrunnen zu einer wilden Schlägerei. Ein Montagblatt schob die Ausschreitung Streikenden in die Schuhe und behauptete auch, diese hätten mit Revolvern geschossen. Die arbeiterfeindliche Presse, darunter unser Hochblatt, druckten den Schwindel mit schamlosem Ver-lagen nach. Verhörungen der Streikenden und der Organisation nützen nichts. Nach einigen Tagen veröffentlichte das Welt-Bureau auf Veranlassung der Polizei die Mitteilung, daß die Streikenden mit der Schlägerei gar nichts zu tun hätten, keiner von ihnen dabei gewesen sei. Die meisten Blätter nahmen dann von dieser den Streikenden schuldigen Ehrenklärung Notiz — unser anständiges Dreißblättchen nicht. Für solche „Bewußtlosigkeit“ gibt es keine Entschuldigun. Sie ist das Charakteristikum eines reißerischen und schandhaften Revolverblättchens. Ein solches Blättchen kann kein auf Selbstwürde achtender Arbeiter in die Hand nehmen.

Steglitz.

Ein Schüler-Fest zur Erinnerung der 150. Wiederkehr von Schillers Geburtstag veranstaltet der hiesige Bildungsausschuß am heutigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im „Birkenwäldchen“. Ihre freundliche Mitwirkung haben zugesagt: Meta Geyer-Dierich (Kefang), Fritz Richard (Regitation), Heinrich Schütz (Festrede) sowie der Männerchor Friedemann-Steglitz (Chormeister H. Sausdorf). Das angelegte Programm vertritt einen vorzüglich künstlerischen Gehalt, und da der Eintrittspreis (30 Pf.) ein verhältnismäßig geringer ist, darf wohl erwartet werden, daß die Arbeiterchaft der Veranstaltung, welche, nebenbei bemerkt, für Jugendliche und Kinder gemeint ist, das entsprechende Interesse entgegenbringt. Billets sind bei den Bezirksfähren sowie bei Georg Winkemann, Steglitz, Schloßstr. 104, erhältlich. Bei letzterem erhalten gleichzeitig die Jugendlichen ihre Freibillets.

Trieb-Buchow.

Bei der Gemeindevertreterwahl am Donnerstag ist der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Habamal, mit 47 Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten, auf welchen 67 Stimmen entfielen, unterlegen. Sätze unserer Genossen muß es nun sein, die Organisation am Ort so auszubauen, daß sie bei den im nächsten Jahre stattfindenden Gemeindevahlen den Sieg in der dritten Klasse erringen.

Spandau.

Stadtvorordnetenversammlung. Eingang der Tagesordnung wurde ein vom Stadtv. Schob (kon.) gestellter Antrag: die Generaldebatte über die Neuregulierung der Lehrer-, Beamten- und Arbeitergehälter in öffentlicher Sitzung zu behandeln, angenommen. Genosse P. e. hatte den Antrag unterstützt mit dem Bemerkten, daß die Steuerbehörde ein Recht darauf haben, zu erfahren, in welcher Weise diese Gehaltsregulierungen vorgenommen werden. Zur Gerichtigung eines Schmelz- und Werkstättengebäudes auf der Gasanstalt wurden 21000 M. gefordert. Bei dieser Vorlage, die genehmigt und trotz der Stadtv. Genosse Schmidt I an, ob es nicht praktischer und billiger werde, wenn sämtliche Reparaturwerkstätten zentralisiert würden. Der Stadtvorordnete Paul I sagte zu, daß dieser Vortrag in der Deputation vorgelegt werden solle. Ohne jede Debatte bewilligt die Versammlung 205000 M. zur Erweiterung des Wasserbehalters nach dem Städtel. Nomenndamm und für die Er-böhung des Wasserturmes. Die folgende Vorlage, dem Hafenpächter Thomas den auf dem Hafengelände aufgestellten Schuppen für einen Pachtpreis von jährlich 290 M. zu überlassen, ruft eine längere Debatte hervor. Genosse P. e. beantragt einen Pachtzins von mindestens 1000 M. zu fordern, da der Pächter Thomas einen Ueberdruck von täglich 100 M. aus dem Hafen erziele. Es war aber alles vergeblich. Die Mehrheit der Versammlung sprach ihrem Standesgenossen Thomas bei, indem sie den Antrag P. e. ablehnte und die Magistratsvorlage annahm. — Ueber die Neuregulierung der Lehrer- und Beamten- u. w. Gehälter referierte der Stadtvorordnete Schob. Derselbe führte aus, daß infolge der hohen Lebensmittelpreise und des größeren Aufwandes die Gehälter der Beamten und Lehrer nicht mehr ausreichen. Deshalb habe sich auch das Reich und der Staat veranlaßt gesehen, eine Neuregulierung der Gehaltsfrage bei den Beamten und Lehrern einzutreten zu lassen. Auch die Kommunen seien verpflichtet, eine Regelung vorzunehmen, da bei den Lehrergehältern die Differenz zwischen Stadt und Land durch Ortszulagen ausgeglichen werden sollten. Spandau habe bei dieser Gelegenheit auch die Gehälter der städtischen Beamten und Arbeiter einer Revision unterzogen. Die große Arbeit der Kommission liege in der Vorlage vor. Man habe die Ortszulagen für die Lehrer auf 400 M. festgesetzt unter Berücksichtigung der schlechten Finanzlage, in der sich Spandau befindet. Der konservative Stadtvorordnete L. b. e. hielt die Vorlage nicht für geeignet, daß sie große Zufriedenheit hervorgerufen wird. Namentlich bezeichnete er die Ortszulage für die Lehrer für zu gering. Er wünschte dieselbe auf 600 Mark erhöht. Schließlich stellte er den Antrag, die ganze Vorlage einem Ausschuss zu überweisen. In der weiteren Debatte sprachen sich fast alle Redner für diesen Antrag aus. Genosse P. e. hielt dem Besornten vor, daß ja gerade keine Partei die große Misere unter den Lehrern und Beamten durch die famose Zoll- und Steuerpolitik hergerufen. Gegenüber dem Stadtv. L. b. e. betonte der Redner, daß letzterer die Verhältnisse und Wünsche der Arbeiter nicht berührt habe. Hier müßten wohl andere Motive vorliegen, entweder bedinge dies die bevorstehende Stadtverordnetenwahl oder der ganze Zug nach links. Herr L. b. e. erwiderte, daß die hiesigen Sozialdemokraten sehr bedauern geworden zu sein scheinen. Zwei Sitze hätten sie ja wieder gewonnen, den einen noch dazu mit Ah und Kraß. Zwei andere Sitze seien sie im Begriff zu verlieren. (Wenn sich der Stadtv. L. b. e. nicht irrt. Es kann leicht anders kommen, wie Herr L. b. e. denkt, wenn unsere Genossen im 5. Bezirk ihre Schuldigkeit tun. D. W.) Nach weiterer längerer Debatte wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen. In diesen Ausschuss hat man von unseren Genossen keinen Hinzugewählt. Derselben werden nun bei der nächsten Spezialberatung desto öfter das Wort ergreifen, um auch die Wünsche der städtischen Arbeiter zur Geltung zu bringen. Wenn man sich die Gehaltsregulierung, angenommen die der Lehrer bezieht, so hat man es gemacht wie immer, das heißt nach oben, wo schon genug ist, hat man am meisten angelegt. So sollen erhalten: Oberbürgermeister jährl. 2000 M. Zulage, Bürgermeister jährl. 1000 M. Zulage, Stadtdirektor jährl. 1500 M. Zulage, Stadtrat jährl. 500 M. Zulage. Nach unten ist man nicht ganz so spendabel gewesen. Die städtischen Arbeiter sollen erhalten einen Stundelohn von 44 Pf., in den ersten drei Jahren, 47 Pf. nach 3 Jahren, 49 Pf. nach 4 Jahren, 51 Pf. nach 5 Jahren, 54 Pf. nach 12 Jahren. Nun, vielleicht gelingt es unseren Genossen noch, bei der Spezialberatung etwas mehr für die städtischen Arbeiter herauszuschlagen.

Die Sitzungen im 1. und 5. Bezirk finden am 22. November statt.

Die Sozialdemokratie ist nur im 5. Wahlbezirk an der Stadtwahl beteiligt. Hier gilt es, den am 2. November ertungenen zwei Mandaten noch zwei hinzuzuerodern. Das letztere bei erstem

Willen möglich ist, hat gerade unser Sieg in den zwei Bezirken bewiesen, wo die Sozialdemokratie den berechtigten bürgerlichen Parteien, den unter Aufsicht stehenden Staatsarbeitern und dem Reichsverbande gegenüberstand. Unsere Genossen haben daher alle Kräfte auf die Stichwahl im 5. Bezirk zu konzentrieren und die Zeit, die uns noch vom 22. November trennt, zur reiflichen Agitation auszunutzen. Nur so ist es uns möglich, dem Großspekulanten Kurt und seinem Gefinnungsgeossen Huth den Sieg freitig zu machen. Es muß die Wahl unserer Genossen Schmidt und Köpenick zugleich ein wichtiger Protest gegen die ungerechte Bezirks-einteilung sein, die nichts anderes als eine Entziehung der Arbeiterbevölkerung bedeutet.

Die Wahlen in der II. Abteilung finden am Montag, den 8. November, vormittags von 10—11 Uhr und nachmittags von 6—7 Uhr statt.

Als Kandidaten der Sozialdemokratie sind aufgestellt: Kaufmann Hermann P. e., Schlosser Paul Schmidt, Mechaniker Max Scior, Lagerhalter Ernst Hornig, Lagerhalter Emil Köppen und Schmid Emil Schubert.

Parteilosen! Bringt am Montag den Beweis, daß auch in der II. Abteilung sozialdemokratisch denkende Wähler zu finden sind. Darum auf zu neuer Arbeit, zu neuen Siegen.

Nowawes.

Die Frage der Höherlegung des Eisenbahndepots in Nowawes ist nunmehr, nachdem bereits seit dem Jahre 1903 die Gemeinde mit der Eisenbahnverwaltung darüber verhandelt hatte, in ein Stadium getreten, welches erhoffen läßt, daß bereits in allernächster Zeit mit der Ausführung der Höherlegung begonnen wird. Welches Interesse die Einwohnerchaft dieser Frage entgegenbringt, zeigte der außerordentlich zahlreiche Besuch in der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung, in welcher als einziger Verhandlungsgegenstand der Abschluß eines Vertrages mit der Staatsbahnverwaltung wegen Höherlegung des Bahnkörpers auf der Tagesordnung stand. Der Bürgermeister gab in seinem einleitenden Referat ein Bild der Verhandlungen, die mit dem Eisenbahnklub seit den langen Jahren gepflogen wurden; der Bahnverkehr durch Nowawes beläuft sich täglich auf über 200 Züge, welcher Zustand infolge der Niveauübergänge eine unhaltbare Verhältnisse für die Einwohnerchaft und ein großes Verkehrsbehinderung bildet. In dem nunmehr von der Eisenbahnverwaltung vorgelegten Vertragsentwurf hat der größte Teil der Wünsche der Gemeinde Berücksichtigung gefunden. Genosse G. e. als Mitglied der für diese Frage eingesetzten Kommission erklärte, daß dieselbe ein so weitgehendes Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung nach ihrem sonstigen Verhalten in bezug auf Verbesserung des Verkehrs nicht erwartet habe; zwar müsse auch die Gemeinde schwere Opfer bringen, indem sie u. a. zu den auf 1 1/2 Millionen veranschlagten Kosten der Höherlegung 100 000 M. Zuschuß leisten und das erforderliche Gelände, wovon ein Teil erst von Privatbesitzern erworben werden soll, der Eisenbahnverwaltung kostenfrei überlassen muß. Trotzdem der vorliegende Entwurf nicht alle unsere Forderungen berücksichtigt, würden die sozialdemokratischen Vertreter demselben ihre Zustimmung geben, da die jetzigen Verhältnisse dringend der Abhilfe bedürfen. Herr Bietsche, der selber in der Eisenbahnverwaltung tätig war, bestätigte, daß bisher noch keine Gemeinde ein dergleichen Entgegenkommen bei der Eisenbahnverwaltung gefunden habe, und ersuchte dringend um Annahme des Vertrages. — Herr Nathan meinte, daß die von der Gemeinde geforderten 100 000 Mark in Anbetracht der weitgehenden Berücksichtigung unserer Wünsche eine Bagatelle seien; hätte die Regierung auch unseren weiteren Wünschen entsprochen, indem sie z. B. die jetzt durchfahrenden Vorzüge hier halten ließe, hätte die Gemeinde bis zu 200 000 M. Zuschuß leisten können. Was die Erwerbung des nötigen Geländes betreffe, so wolle er den betreffenden Besitzern nur raten, in ihren Forderungen maßvoll und vernünftig zu sein, da das Kommunalabgabengesetz der Gemeinde Mittel an die Hand gebe, überzähligen Forderungen nachdrücklich entgegenzutreten.

Es verläutet nämlich, daß einer der in Frage kommenden Grundbesitzer, welcher auch Gemeindevorsteher ist und in der Sitzung anwesend war, für einen Meter Land den horrenden Preis von 20 M. verlangt habe. — Nach dieser Debatte wurde in die Beratung der einzelnen Paragraphen des Entwurfs eingetreten. Wesentliche Änderungen wurden nur gegen den § 2 erhoben, der besagt, daß die Gemeinde alle Entschädigungsansprüche übernehmen muß, die von Dritten wegen Beseitigung des jetzigen Zustandes erhoben werden. Gemeindevorsteher Rechtsanwalt Altkenan gestreute aber diese Bedenken, indem er auf reichspräsidentliche Entscheidungen verwies, die diesen Paragraphen unwirksam machen. Darauf wurde der Vertragsentwurf in allen seinen Teilen einstimmig genehmigt.

Der hiesige Bildungsausschuß veranstaltet am 7. November seinen zweiten Theaterabend. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Die goldene Eva“. Das Stück wird von derselben Gesellschaft aufgeführt, welche „Ausgewiesene“ gespielt hat. Es ist zu erwarten, daß sich die hiesige Arbeiterchaft das Gebotene nicht entgehen läßt. Da der Saal („Vollgarten“) geräumiger ist, kann für jeden Besucher für Sitzgelegenheit gesorgt werden. Für die Mitglieder der Jugendorganisation sind Vorkaufskarten zum Preise von 30 Pf. beim Obmann des Jugendauschusses, Genossen Subert, zu haben.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. November, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 14/17: Freireligiöse Vorklebung. Vormittags 11 Uhr, Altkenanstr. 10: Vortrag des Herrn W. O. Paetz über: „Schöpfung oder Entdeckung?“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Berliner Arbeiter-Chor. Abt. Wedding bei Schulz, Magstr. 13b. Abt. Lichtenberg bei Ernst, Charlstr. 71. 1/9 Uhr jeden Dienstag Spielabend. Abt. Köpenick bei Bietsche, Jürgensstr. 15b. Abt. Schönehauser Allee bei Reich, Schönehauser Allee 134a. Neben Montag 1/9 Uhr Spielabend. Abt. Nord-West bei Kamprecht, Büttcher 10. Neben Freitag 1/9 Uhr Spielabend. In allen Abteilungen Sonnabends freies Schachspiel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweites Hof, letzter Eingang, vier Treppen, 10/11 Uhr statt. Gestern 7 Uhr, Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Bestätigung beizufügen. Persönliche Anwesenheit wird nicht erreicht. Die zur Beantwortung im Briefkasten nötigen 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

— W. K. 32. Eine Klage würde wenig Aussicht auf Erfolg haben. Die raten Ihnen, sich mit einem Antrag auf Urteilung des Ueberziehers an den Magistrat zu wenden und im Ablehnungsfall eine Weisung an die Stadtverordnetenversammlung zu richten. — W. 111. 1. 3. 4. Ja. 2. Die Frau muß die Hälfte bezahlen, wenn sie nicht abstinkt. 5. Das Schulgeld für die Berliner Realschulen beträgt jährlich 80 M., für diejenigen Schüler jedoch, deren Eltern nicht Einwohner Berlins sind, seit dem 1. April 1906 140 M. — W. 9. 26. Zunächst wenig der Vorwand einen höheren Gehalt einlangen sollte, so würde der Klage voranzuschreiten statzugeben werden. Eine Anklage über die Alimentation ist nur gültig, wenn dem Vergleich außer dem Vormund auch das Vormundschaftsgericht zustimmt. — G. K. 20. 1. Ja. 2. Weiter nein. — G. 2. 45. In dem Vorgehen könnte der Versuch einer Klagenbefreiung erübt werden. — G. K. 31. 1. und 3. Ja. 2. Nein. Ueber die Frage, ob Ausländer in Bezirken aus der Kirche austreten können, ist uns ein obergerichtliches Erkenntnis allerdings nicht bekannt. — W. 2. 1990. Sie müßten beide auf Zahlung verklagen. Die Hülfe eines Kumulis ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig. — W. K. 6000. Nein. — Kosterstr. 18. Ein Verzicht auf die Erbchaft erfolgt dadurch, daß der Verzichtende schriftlich eine Verzichtserklärung abgibt, etwa des Inhalts: Ich lehne die Erbchaft in dem Nachlass meinem am ... zu ... gehörenden Vater's hiermit auf. Diese Verzichtserklärung ist zu unterschreiben und muß notariell oder gerichtl. beglaubigt werden. Altkenanstr. 10. In innerhalb sechs Wochen nach der Kenntnis von dem Tode des Erblassers dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Verstorbene seinen letzten Wohnort hatte, zu übermitteln.

URANIA-SALONDEL

Überall erhältlich
wo das nebenstehende Plakat aushängt.

Keine Verwechslung mit österreichischem (galizisch) Petroleum.

Eigene Betriebswerkstätten im Hause.

Paletots und Ulster

hochmoderne, schönste Ausmusterung vornehme Fassons und neueste Farben.

Viele hunderte Exemplare vorzüglichster Paßform

60.00	45.00	40.00	36.00	33.00	15 M.
80.00	27.00	24.00	21.00	18.00	

Sakko-Anzüge.

Viele hundert Exemplare, aus-erlesenste Geschmacksrichtung.

58.00	55.00	50.00	45.00	40.00	36.00	15 M.
33.00	30.00	27.00	24.00	21.00	18.00	

Loden-Joppen.

Viele hunderte Exemplare, vielseitige Fassons nur beste, ausgeprobte Stoffe mit gutem warmen Futter und echtem Pelzfutter.

80.00	24.00	22.00	20.00	18.00	6.50 M.
16.00	14.00	12.00	10.00	8.00	

Stoff-Hosen.

Viele hunderte Exemplare in hochmodernen Musterungen.

20.00	18.00	16.00	14.00	12.00	3 M.
10.00	8.00	6.00	4.00		

Alle Angebote sind nur eigene Erzeugnisse.

M. Schulmeister

Dresdener Straße 4,
am Kottbuser Tor.

Nur eigene Konfektion!

Herbst- u. Winter-Paletots,

modern gestreifte Eskimo- u. Melton- Qualitäten, Ia. Bearbeitung 60,-, 54,-, 50,-, 48,50, 45,-, 38,50, 32,50, 30,50, 25,50 M.

Moderne Ulster,

1 und 2 reihig, Formen zum Durchknöpfen, in den neuesten Mustern 48,50, 45,-, 40,50, 36,50, 32,50, 29,50, 27,50 M.

Jackell-Anzüge,

eleg. Fassons, prima Rohhaar-Verarbeitung 50,-, 45,-, 42,50, 38,50, 34,-, 29,50, 27,50, 24,50 M.

Rock - Anzüge 29,50 54,00 M.

Gehrock-Anzüge 36,50 70,00 M.

Burschen- u. Knaben- Garderoben.
Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß unter Garantie für tadelloes Sitz, haltbare Stoffe, Ia. Verarbeitung, eleg. Paßform.

Gelegenheitskäufe!

Vorjährige Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen früherer Wert 60 bis 90 Mark jetzt 20 bis 45 Mark.

Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!

Cavalier-Club

Unter den Linden 61, II.
Sonntags geöffnet!

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe in allen Abteilungen enorme Auswahl in acht auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz in werden stets das Neueste zum Verkauf bringen in verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen in haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf!
Nachdruck verboten!

Leske & Lehrer

Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Der reich illustrierte Prachtkatalog mit Angaben neuester Moden ist erschienen. Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos und franko.

Vom Arbeiter zum Millionär

vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Aussehen hält, wird für billiges Geld wirklich aufwändige, tadellose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht

zum Millionär

werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reichenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Werthäusern Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III

Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurter Straße 93.

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten. Streng reelles Geschäft. Keine Plakate am Platz.

Abteilung II Neue Garderoben.

Nicht Jeder kann

Ihnen die Vorteile bieten, die wir infolge günstiger Abschlüsse imstande sind.

Herren-Anzüge

I. Abt.	28 M.	5 M. Anz.
II.	35	7
III.	48	10

Abz. 1 Mark pr. Woche an.

Herren-Paletots

I. Abt.	30 M.	5 M. Anz.
II.	35	7
III.	45	10

Abz. 1 Mark pr. Woche an.

Damen-Konfektion

Mäntel, Jacketts, Kostümröcke, Blusen, Kostüme in sehr großer Auswahl.
Absahlung 1 Mark pr. Woche an.

Pelzsachen

Anzahlung von 2 Mark an.

Möbel- u. Konfektions-Haus

S. Gottlieb

G. m. b. H.

Rosenthaler Straße 54, I.

Beamte erhalten Kredit

ohne Anzahlung.

Ziehung 24. und 25. November.

Wohlfahrts-Lotterie

Sehr große Gewinnchancen bietet die beliebte Wohlfahrts-Lotterie, die 500 000 Lose à 1 M. hat.

Nur 85 000 Lose.

Nicht zu verwechseln mit der sogenannten Tonkünstler-Wohlfahrts-Lotterie, die 500 000 Lose à 1 M. hat.

Gesamtw. der Gewinne Mark

85 000

Hauptgewinn Mark

30 000, 20 000

10 000, 5 000

und viele andere.

Jede andere Lotterie dieses Jahres für Brandenburg hat eine bedeutend größere Loseanzahl. Es werden nur die bestellten Lose versandt, keine anderen! Lose à 3 Mark, Porto und Liste 80 Pf. extra, zu haben in allen Lotterie- und Zigarren-Geschäften sowie beim Generaldebit Paul Steiberg & Co., G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin O., Rosenthaler Straße 11-12.

Chocosana

Gebt Eueren Kindern Chocosana!

wohlschmeckendes Chokoladen-Labortran-Präparat. Knochenbildend, kräftigend, ärztl. empfohlen. Zu haben i. Apothek. u. Drogerien.

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen

Herren-Garderoben

liefere elegante, fertige Herren-Garderoben

Ersatz für Maß. × Anfertigung nach Maß. ×××× Tadellose Ausführung. ××××

Julius Fabian, Schneller-Gr. Frankfurter Str. 37 II, Eingang Strausberger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur 1. Etage, kein Laden.

Besichtigung meines großen Lagers ohne Kaufzwang gern gestattet.

Abzahlungsgeschäfte Credit-Haus Moabit Turmstraße 55, Ecke Waldstraße

Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 29 I. kassiertes a. P.

Alkoholfreie Getränke Sinaleo (Bilzbrause) Gen.-Vertreter Otto Starick

Bäckereien, Konditoreien Brotfabrik Deutschland, Hochstr. 28

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen.

Peter's Gross-Bäckerei in allen Stadtteilen und Seelichen Vororten

Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederrheinstr. 5, Landsb. Allee 146

Ubrich Charlottenburg, 20 Filialen.

Badeanstalten Augusta-Bad, Köpenicker Str. 66/67

Bandagen, Gummiwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 167

Beleucht.-Gegenstände Böttner, A., Danzigerstr. 96

Berufsbildung Bohn, R., Inv.-Str. 125, Chausseestr. 129

Berufsbildung Bohn, R., Inv.-Str. 125, Chausseestr. 129

Schlesinger, Hermann N.W. Turmstraße 58 Die richtigen N. Reinkend.-Str. 48

Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12

Wecker, A. Mühlenweg 2, Kottbuserdamm 28

Bierbrauerei, Bierhdg. Bergstr. 23

Bergbrauerei Feinstes Doppelbier Tel. III, 1412

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbiere sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Berliner, Oswald, Brunnenstr. 141/43. Berliner Bock-Brauerei. Berliner Kronenbrauerei.

BORUSSIA Malzbier. Brauerei „Germania“ Action-Gesellschaft.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg. Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier.

Groterjans Malzbier. Hempel, E., Müllerstr. 124/4

Schlossbrauerei Schöneberg. Schlossbräu - Kronenbräu in Gebinden und Flaschen.

Vereins-Brauerei Rixdorf Berliner Kindl. Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle

Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann

Butterhandlung Fritz Muth. Schulz, Arthur, Rixd., Hermannstr. 39 u. 65

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 155

Cylix, G., Seiffert, Erich, Filialen in Berlin und Vororten.

Cigarrenhandlungen Adelt, A. G., Müllerstr. 12

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117

Drugs u. Farben Centr.-Drog., Spandau, Seeligerstr. 3

Eisen- u. Stahlw., Waffen Ala, O., Rixd., Kaiser-Friedrichstr. 4

Kiessling, G., Rixdorf, Bergstr. 22

Kniesch, A., Skalltstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1

Kniesch, A., Skalltstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1

Kniesch, A., Skalltstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1

Kniesch, A., Skalltstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1

Kniesch, A., Skalltstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1

Kniesch, A., Skalltstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1

Kniesch, A., Skalltstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1

Fahrrad-Müller, Frankf. Allee 19. Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40

Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin Solidaria-Mitglieder Händlerpreise.

Färbereien, Wäschereien Polnow, Carl, Frankfurter Allee 63

Meesters, Th. Osw. Naefe ärberlei chem. Wäscherei

Fischhandlungen Winkler & Bärhold, Bergstr. 5 u. 57

Fleischereien u. Würst. Biesold, K., Rixd., Hermannstr. 147

Wurst, Speck, Schinken kaufen Sie am besten u. billigsten bei

Anton Fehlau, Gonthardstr. Stadtbahnbojen Ecke

Hassenstein, A. O., Badstr. 12

Wähle, Gust., Emdenerstr. 2

Grammophone, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorfer Str. 127

Hoyer, A., Brunnenstraße 117, Weberstr. 64

Phonographen-Katz größtes Spezialhaus.

Pietsch, Hugo, Spezialgeschäft, Röpke, Carl, Potsdamer-Str. 12

Rund um Berlin Weinmeisterstr. 2

Wandell, Teilszahlung gestattet Haus- u. Küchegeräte

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119

Küchen-Schreiber, Dallendorferstr. 19

Sandow, Rod., Wilmersdorfer Str. 120

Schreiber, Ad., Rixdorf, Bergstr. 145

Horren-Artikel Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66

Blitz! Inv.-Str. 135, Chausseestr. 129

Werner, Erich, Schickstr. Allee 184. Herr.-Bekleid., Brunnenstr. 72

Müte, Mützen u. Pelzw. Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66

Mandel's Hutfabrik, Frankfurter Chaussee 3

Rieck, Em., Rosenthaler Straße 19

Kaufhäuser Emil Hoegner Schöneberg

Kaufhaus Gustav Pinkus Müllerstr. 165a

Kaufhaus Gebr. Preuß, Berl. NW, Bunsenstr. 10

Wilde, J., Frankf. Chaussee 160

Kohlen, Koks, Briketts Frinzen Allee 71

Koller, Rich., Rixdorf, Bergstr. 26

Loebell, L., Rixdorf, Bergstr. 26

Kolonialwaren Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9

Alexander Bischoff, Gruse, O., Rixd., Bergstr. 161

Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 26

Bolle's Möbelfischl., N. Gartenstr. 95. Bolle's Fabrikpr. kohl. Zählungsbod.

Cohn, E., Rixdorf, Bergstr. 145

Gleiser, A., Alexanderstr. 42

Misch Möbel-Gelegenheitskäufe

Möbel-Kaufhaus, Nordstr. 106 a

Möbel Krause Möbel Teilszahlung gestattet

Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57

J. Ostrowski jr., Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor

Neukirch, Gebr., Langestr. 9

Wendland, Ernst, Rixdorf, Bergstr. 26

Misch, Wilh., auch Teilszahlung, Zierau, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47

Molkereien „Schweizerhof“, Meisler und Milchkuranstalt

Musikinstrumente Grunow, A., Frankfurter Allee 150

Nähmaschinen Bellmann, E., Gollnowstr. 26

Optiker Gase, Paul, N. Müllerstr. 174

Papier- u. Schreibwaren Friedrich, O., Rixd., Hermannstr. 177

Putz- u. Modewaren Ri., Hermannstr. 161

Bless, Paul, Rixd., Hermannstr. 161

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119

Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1

Hannach, Geschw., Rixdorf, Bergstr. 22

Kaufhaus f. Damenputz Adolf Cohn jr.

Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Hhd. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119

Hannes, Gust., Weddingpl. 1. Heise, Helar., Badstr. 17

Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141. Kuhn, Rich., Frankf. Allee 116 a

Räsener, Gelegenheitskäufe Brunnenstr. 29

Salomon, J., Petersburgerstr. 40. Schmidt, Gebr., Fennstr. 59

Schreier, J., Hermannstr. 52. Schubb, Max Kob, Bellealliancestr. 38

Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141

Wintler, H., Schönehauser Allee 91

Zastrow, E., Rixd., Berlinerstr. 71/72

Stoll, Marie Isander, Brunnenstr. 137

Topfische u. Gardinen Frankensta. & Co., Rixd., Bergstr. 140

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119

Uhren u. Goldwaren Arlt, Erwin, Kottb. Damm 20/30

Arlt, Herm., Mantelstr. 114. Bürger, Jul., Müllerstr. 6

David, Max, Brunnenstr. 43. Ebert, Otto, Huttenstraße

Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 46. Fabian, Max, SO 26, Wienerstr. 25

Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 9. Friese, Konrad, Müllerstr. 4

Gromadies, P., Andreasstr. 29. Kniebusch, W., Frankf. Chaussee 61

Kuhlo, August, Prinzen-Allee 81. Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49

Lewin, Adolf, Königsstr. 47/48. Lindt, Max, Tegel, Berlinerstr. 83

Lux, Carl, M., Chausseestr. 41. Mildt, A., Charl. Krummenstr. 14

Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91. Osterloh, M., Gr. Frankf. Str. 136

Soziales.

Verpflichten des Arbeitgebers.

Der Buchhalter A. Kage gestern vor dem Gewerbe-gericht gegen den Inhaber eines Abzahlungsgeschäfts namens Boh auf Zahlung eines Provisionbetrages von 20,75 M., die ihm neben seinem Lohn für den Abschluß der üblichen Leihverträge zugesichert war. Die Forderung wurde vom Beklagten anerkannt. Jedoch machte dieser eine Gegenforderung auf Schadenersatz in Höhe von 34 M. im Wege der Widerklage geltend. Der Schaden soll durch das Verschulden des Klägers dadurch erwachsen sein, daß dieser auftragswidrig einem Kunden eine Uhr belassen hat. Dieser ist dann mit der Uhr verunreinigt. Der Kläger betont, daß er die Uhr wohl gefordert hat, der Kunde habe aber ihm zugeredet, ihm die Uhr zu belassen, und versichert, daß er weiter abzahlen will. Er hat auch eine weitere Karte an Kläger gezahlt. Diese hat auch der Beklagte angenommen. Dadurch, meint Kläger, habe der Beklagte sich mit dem Verfahren des Klägers einverstanden erklärt. Das Gewerbe-gericht unter Vorsitz des Magistratssekretärs Dr. Lehmann, trat dieser Rechtsauffassung bei. Der Beklagte hätte, wenn er damit nicht einverstanden war, sofort die Schritte unternehmen müssen, die er im Falle der verweigerten Herausgabe der Uhr unternommen haben würde. Da dies nicht geschehen ist, hat sich der Beklagte im wesentlichen selbst den Schaden zugefügt. Die Parteien einigten sich dahin, daß an Kläger 15 M. gezahlt und beide Klagen zurückgenommen wurden.

Preussische Schulbüchse.

In offenkundiger Gegenfäße zu den Bestimmungen des Schulunterhaltungsgesetzes werden die Schulkinder in Augustwalde (Kreis Raugard in Pommern) angehalten, die Schulkäse zu reinigen! Einem Besitzer, der seinen Kindern diese Tätigkeit untersagt hat, droht der Pastor als Vorsitzender des Schulvorstandes, die Reinigung durch andere Personen auf seine Kosten vornehmen zu lassen. — In Hammer bei Wilhelmshorst (Vorp.) ist der Pastor gefordert und seine Stelle noch unbesetzt. Deshalb müssen die Konfirmanden jede Woche nach einem benachbarten Orte zum Unterricht wandern. Das ist zwar jetzt bei dem kalten Wetter keine Annehmlichkeit, würde aber nicht allzu schlimm sein, wenn die Kinder nicht dadurch jede Woche vier Stunden Schulunterricht einbüßten, den sie wahrlich nötig genug haben. Zweifellos wäre es gerechtfertigter, den Konfirmandenunterricht zugunsten des Schulunterrichts auszuweichen. Aber bei uns geht ja der Religionsunterricht über alle anderen Pächter.

Gerichts-Zeitung.

Meincksdorffsche Liffer.

Die bekannte Meincksdorffsche des früheren Rechtsanwalts Eduard Liffer, welche schon einmal im Januar d. J. die Geschworenen beschäftigt hatte, bildet nunmehr wiederum den Gegenstand eines umfangreichen Prozesses, welcher gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann. Angeklagt wegen wissenschaftlichen Meineides ist der frühere Rechtsanwalt, spätere Angestellte der „Vereinigung der Rechtsfreunde“, Eduard Liffer. — Es handelt sich bei der Anklage um folgenden Sachverhalt: Gegen den Rechtsanwalt Dr. Alfred Ballien schwebten vor einiger Zeit mehrere ehrengerichtliche Verfahren vor der Anwaltskammer, die sogar teilweise bis zum Ehrengerichtshof in Leipzig gelangten. In diesem Verfahren handelt es sich um den Vorwurf, daß Dr. Ballien, wie überhaupt wird, sich von der „Vereinigung der Rechtsfreunde“ Klienten gegen Entgelt habe zuweisen lassen. In diesem Verfahren ist der jetzige Angeklagte, welcher früher selbst Rechtsanwalt war, aber wegen verschiedener Vorkommnisse aus dem Anwaltsstande ausgeschieden ist, als Zeuge eidlich vernommen. Er hat in dieser Vernehmung vor dem beauftragten Richter des Amtsgerichts Verlin: „Mitte u. a. unter feinem Eide erklärt: „er habe von dem Rechtsanwalts Dr. Ballien für die Zuführung von Mandanten Entgelt weder gefordert, noch erhalten“. Nach Behauptung der Anklage soll diese Angabe falsch sein. Liffer soll vielmehr ständig von dem

Rechtsanwalt A. für die Zuführung von Mandanten größere Geldbeträge, die sich je nach der Höhe des an Dr. B. gezahlten Honorars richteten, gezahlt haben. — Der Angeklagte Liffer, welcher sich einige Zeit in Untersuchungshaft befunden hat, ist bald nach der vorigen Verhandlung aus der Haft entlassen worden. Zu der neuen Verhandlung sind etwa 50 Zeugen geladen worden, unter denen sich zahlreiche Rechtsanwälte befinden.

In seiner Vernehmung macht der Angeklagte folgende Angaben: Er ist am 4. November 1887 geboren und wegen Unterschlagung, Betruges und unbefugter Führung des Rechtsanwaltsmittels mit 1 Jahr Gefängnis und 4 Wochen Haft, und ein zweites Mal wegen Beihilfe zum Betrugs in 11 Fällen mit 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat früher mit dem Rechtsanwalt Dr. Alfred Ballien ein gemeinsames Bureau geführt, und ein zweites Mal wegen Anwaltsstande ausgeschieden. Dr. B. habe dann unentgeltlich seine Verteidigung geführt, als er (Liffer) Schiffbruch gelitten habe. Als er nach Verbüßung seiner Strafe wieder zurückkam, sei er völlig mittellos gewesen. Dr. B. habe ihm in menschenfreundlicher Weise zugesichert, daß er ihn nicht im Stich lassen werde. Dr. B. habe ihm dann wiederholt kleine Geldbeträge zur Verfügung gestellt. Als er dann eine Stellung bei der „Vereinigung der Rechtsfreunde“ gefunden habe, habe er aus Dankbarkeit gegen Dr. B. diesem Sachem, die als Landgerichtssachen eines Anwalts bedurften, überbracht. Dr. B. habe ihm dabei aber gleich gesagt, daß er ihm ein Entgelt dafür nicht geben dürfe. Er (Liffer) habe jedoch sehr häufig für Dr. B. Schriftsätze angefertigt und andere Arbeiten ausgeführt, wofür ihm dieser stets kleinere Geldbeträge gezahlt habe. — Der Vorliegende hält dem Angeklagten verschiedene sehr belastende Momente vor. So soll Liffer u. a. einmal zu einem Zeugen, der ihn aufgefordert hatte, ihm für seinen Schwager Mandanten für das Kammergericht zu verschaffen, geäußert haben: „Amnest ist der Tod. Ich besenne von Dr. B. auch.“ Hierbei meinte L. die bekannte reibende Bewegung mit Daumen und Zeigefinger. Der Angeklagte bestritt dies ganz entschieden. Nach eigener Angabe des Liffer habe er von Dr. B. nach und nach ein Darlehen von insgesamt 300 M. erhalten. Irigend welche Vereinbarungen über Rückzahlungen, Verzinsung usw. sind nicht getroffen worden. Ein Zeuge Ludwighand, der früher in dem Bureau des Dr. B. beschäftigt war, hat in dem Vorverfahren u. a. behauptet, daß Liffer alle 1—2 Wochen bei Dr. B. im Bureau erschienen sei und mit ihm eine richtige Abrechnung gehalten habe. Der Angeklagte behauptet, daß er die von ihm an Dr. B. abgegebenen Sachen so vorbereitet habe, daß dieser sie nur auf dem Gericht abgeben brauchte. Für diese Arbeiten habe er allerdings ein Honorar erhalten. — Landgerichtsdirektor Dr. Jorick: Sie geben also zu, daß Sie von Dr. Ballien nicht nur ein zinsloses Darlehen erhalten haben, von welchem Sie bis heute nicht einen Pfennig zurückgezahlt haben, sondern auch, daß Sie für verschiedene Arbeiten von Dr. Ballien Geldbeträge erhalten haben. Das alles wird in Ihrer eidlichen Aussage mit keinem Wort berührt. Gerade Sie als Rechtsanwalt mußten doch ganz gut erkannt haben, daß es dem Ehrengericht darauf ankam, festzustellen, ob Sie überhaupt von Dr. B. irgend welche Geldbeträge erhalten haben, die unter irgend einem Deckmantel für die Zuführung von Mandanten gezahlt worden sind. Dielten Sie sich tatsächlich für berechtigt, dies alles zu verschweigen? — Angell.: In der kurzen Vernehmung drehte sich alles nur um die eine Frage, ob ich Geld für die Zuführung von Mandanten erhalten habe und diese Frage konnte ich mit gutem Gewissen verneinen. — Es wird sodann ein Brief vorgelesen, welchen Rechtsanwalt Dr. Ballien an den Angeklagten gerichtet hat. In diesem kommt u. a. der Postus vor: „macht für Sie also 150 M.“, nachdem vorher von der Honorarzahlung eines Mandanten die Rede war. Der Angeklagte erklärt dies damit, daß er durch seine Arbeiten für Dr. B. Anfertigung von Schriftsätzen einen größeren Beitrag zu fordern gehabt habe. Als Dr. B. ein größeres Honorar von einem Mandanten erhalten hatte, habe er ihn gebeten, ihm hiervon einen Teil für die früher gelieferten schriftlichen Arbeiten auszuhandigen.

Ueber den Ausgang des Prozesses, der voraussichtlich heute zu Ende geht, werden wir berichten.

Ein Krankenkassenreformer.

Vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg gelangte am Donnerstag ein Schwindelfassenfall zur Verhandlung. In Hamburg-Altona ist von jeder das Feld für gewisse Kranken-

lassengründer gewesen, denen mehr das eigene Wohl als das der versicherungspflichtigen Personen am Herzen lag. „Um den Arbeitern die freie Arztwahl zu ermöglichen“, ließ der wegen Schwindelens vielfach verurteilte frühere Schreiber und spätere „Subdirektor“ einer freien Krankenkasse Otto Emil Wilhelm Sinow schwunghafte Prospekte drucken, in denen er seine Reformideen darlegte: Zur Gründung eines solchen Unternehmens gehört aber außer Betriebsmitteln ein Grundfonds, und da er nicht an Geldüberfluß litt, engagierte er auf dem nicht ungewöhnlichen Wege der Zeitungsanzeige eine ganze Anzahl kautionsfähiger Kassierer, Boten usw., die ihm über 10 000 M. einhändigten, um dieses Geld dem Grundfond zuzuführen. Aus der Gründung wurde aber nichts, weil die Behörde für das Versicherungswesen in Hamburg in Rücksicht auf seine Vorstrafen das Verbot auf Zulassung der Krankenkasse „Ammonia“ ablehnte. Auch die Altonaer Behörde ging auf dieses Angebot nicht ein. Darauf legte er Refus ein. Dem gab der Bezirksausschuß zu Schleswig statt. Die Behörde legte aber Revision ein, so daß es nicht zur Gründung der Kasse kam. Sämtliche Angestellte sind ihre Geld losgeworden. Der wegen wiederholten Betruges und Unterschlagung angeklagte Sinow, ein äußerst gerissener Mensch, der wegen Veruntreuungen aus seiner früheren Krankenkassenstellung entlassen worden ist, will das Geld zur „freien Verfügung“ erhalten haben und durch das Eingreifen der Behörden an der Realisierung des Reformprojektes gehindert worden sein, während die Leidtragenden, von denen einer seine gesamten Ersparnisse von 2000 M. losgeworden ist, aber positiv auszusagen, daß sie dem Angeklagten das Geld zur Ueberweisung an den Grundfond überwiesen hätten. Der Angeklagte habe stets gesagt, das Geld werde bei der Regierung oder der Polizei in Depot gegeben. Nach mehr als 10stündiger Verhandlung wurde der bekannte „Reformator“ zu zwei Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

270 500 M. gestohlen. Einer Meldung aus Gladbeck in Westfalen zufolge wurden in der königlichen Berginspektion 2 (Röllerschächte) gestern nacht 270 500 M. gestohlen. Die Eindrehler öffneten mit einem Nachschlüssel den Geldschrank, in dem die zur Lohnzahlung nötige Summe aufbewahrt wurde. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Beraubung eines französischen Eisenbahnzuges. Auf dem Eisenbahnzug Paris—Loulon ist in der vergangenen Nacht ein Ueberfall verübt worden. Während der Fahrt drangen zwei mit Revolvern und Messern bewaffnete Männer in den Gepäckwagen des Zuges ein. Einer von ihnen griff den Schaffner an und verwundete ihn durch einen Messerstich an der Schulter. Während dieser Zeit hatte der andere unter den im Päckwagen liegenden Paketen eine sorgfältige Auswahl getroffen und die wertvollsten Pakete zum Fenster hinausgeworfen. Darauf verschwanden die beiden Räuber spurlos und ließen den Schaffner in betäubtem Zustande zurück.

Die Bergweilungstöt eines Familienvaters. Aus Budapest wird gemeldet: Der Bergolder Moritz Loew erschlug gestern abend mit einem Hammer seine Frau und seine drei kleinen Kinder; dann stürzte er sich vom dritten Stockwerk in den Hof hinab. Alle sechs Personen sind tot. Loew wurde durch großes Elend zu der Tat veranlaßt.

Zum Prozeß Steinheil. Der infolge seiner Selbstbezichtigung verhaftete Jean Lefevre hat, von den Fragen des Untersuchungsrichters in die Länge getrieben, gestanden, bei der Morbtat keine Rolle gespielt zu haben. Er gab an, er habe aus Mitleidlichkeit gehandelt, um Frau Steinheil, deren Ansehen ihm nicht gleichgültig erschien, zu retten. Er heiße in Wirklichkeit René Gollard, sei 17 Jahre alt und von Beruf Schauspieler.

Folgen schwerer Zusammenstoß.

Grüßler Meldung zufolge fuhr auf der Straße Manage-Charleroi bei der Station Picton ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Ein Wagen des Personenzuges wurde zertrümmert. Etwa 20 Passagiere wurden verletzt.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise. Unser treues Mitglied, der Vater Gustav Arndt (2. Ableitung) ist dahingeshieden. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Georgenkirchhofe, Landsberger Allee, statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 2. November verstarb unser Mitglied, der Maschinenformier Karl Teschner Schwedenstr. 13. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 6. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Krankenhaus am Paulskirchhofe in Pflanzensee statt. Um rege Beteiligung ersucht. 232/6 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel Wilhelm Bohl am Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, verstorben ist. 31192 Dies zeigen selbstredend an mit der Bitte um stille Teilnahme die trauernden Hinterbliebenen. R. W.: Franz Bohl. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Sionsgemeinde, Nordend, aus statt.

Für die uns anlässlich des Hinscheidens unersetzlich geliebten Gatten und Vaters erwiehlene Teilnahme sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank. Wwe. Anna Rönne nebst Töchtern. Blumen- und Krautbinderi von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint BERLIN C. Joachimstraße 11 C. liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Tonverbesserung. Spezialität: Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säte an alten u. neuen Geigen. Mäßiges Honorar.

A. B. Koch Kohlen-Driftgroßhandlung gegründet 1893. Haupt-Kontor Berlin O. 31, Petersburger Straße 1 (gegenüber Warschauer Straße). Fernspr. Amt 7 Nr. 3010 u. 3096. Lagerplätze u. Verkaufsstellen: I. O. 31. Ostb. Güterbahnhof, Eing. Räderdorfer Str. 71. fr. Chausseebau. II. O. 17. Ostb. Güterbahnhof, Fruchtstr. 13. III. Weihensee, Güterbahnhof, Weihenseeer Straße 80a. IV. N. 113. Schmitzstraße 28-31, Ecke Schöneberger Straße. V. N. 65. Antonstraße 36-41, Ecke Ruppelstraße.

Andruf! Am 3. November 1909 verstarb nach langem Leiden unser langjähriger Kollege Gustav Arndt. Wir verlieren in demselben einen lieben, guten Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. 29035 Die Beamten der Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 2. November verstarb unser Mitglied, der Vater Otto Spickermann Prinzen-Allee 62/63. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 6. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhofe, Röllerschächte, Ecke Seefraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht. 232/7 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Steinarbeiter. Filiale Berlin. Am 3. November starb unser Kollege Nikolaus Müller im Alter von 31 Jahren nach einjähriger Arbeitsunfähigkeit an der Berufskrankheit. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes in Reinickendorf, Berliner Straße 26 aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Wir setzen unsern Stolz darein, im Salamander-Stiel nur das Beste zu bringen. Geschulte Arbeiter, beste Rohstoffe, neueste Formen haben den Ruf unserer Marke begründet. Fordern Sie Musterbuch V. Einheitspreis ... M. 12.50 Luxus-Ausführung M. 16.50

SALAMANDER Schuhges. m. b. H., Berlin. W. 8 Friedrich-Strasse 182 C. König-Strasse 47 SW. Friedrich-Strasse 221 C. Rosenthaler Tor W. Potsdamer Strasse 5 NW. Wilancker Strasse Ecke Turm Strasse 9 W. Tauentzien-Strasse 15 N. Bad-Strasse 20 Spandau, Breite Strasse 30



So kann es kaum mehr weitergehen. Die Existenz wird immer schwieriger, Geschäfts- und Arbeitslosigkeit, sowie Anzuehrendheit und Steuern mehrer sich beständig. „Witz“ Infinitesimal“ kann Wandlung schaffen. Das Werk enthält ca. 1000 Druckseiten. Preis broschiert: M. 3.—, geb. M. 3.75. Zu bez. v. Witz' Naturheilkunst, Dresden-Radebeul und alle Buchhandlungen. 109/17

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes Verlin. Am 3. November ist der in obiger Kasse langjährig beschäftigt gewesene Herr Gustav Arndt nach längerem Leiden verstorben. Wir verlieren an demselben einen lieben und fröhlichen Genossen und werden sein Andenken stets in Ehren halten. 29048 Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem St. Georgenkirchhof, Landsberger Allee 21/23 statt. Der Vorstand. A. Daehne, Vorsitzender.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. 31182 Th. Zöllner und Söhne.

Todes-Anzeige. Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter Luise Michaelis geb. Stahlkopf am 4. November sanft entschlafen ist. 29135 Dies zeigen selbstredend an August Michaels nebst Kindern. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes in Pflanzensee aus statt.

Aus der Frauenbewegung.

Kinderarbeit im Orient.

Auch im Morgenlande hat die kapitalistische Produktion zu denselben Auswüchsen geführt wie im Westen. Dr. Herbert Weinstad, der Spezialarbeitskommissar des Staates Kalifornien, war in Damaskus (Syrien) Augenzeuge von Graueln der Kinderarbeit.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Nachdem die New Yorker Lehrerinnen den Kampf für gleiche Bezahlung ihrer Leistungen und der ihrer männlichen Kollegen aufgenommen haben, protestierten kürzlich auch die Lehrerinnen in Neufundland in Australien gegen die geringere Bewertung ihrer Arbeit.

Vermischtes.

Die im Berliner Aquarium eingetroffenen Land- und Wasserfische haben in ihren Reichen wiederum eine Anzahl neuer und interessanter Erscheinungen aufzuweisen. Herr Hans Räder-Berlin überweist dem Institut zwei Chamäleons aus Marokko, Vertreter jener Gruppe der Schuppentiere, die sich in äußeren und inneren Merkmalen so wesentlich von den Eidechsen und deren Verwandten unterscheiden, daß man sie zum Rang einer gesonderten Abteilung, der der Baumkriecher erhoben hat.

Der Zoologische Garten hat kürzlich drei eigenartige schwarze Fische aus Palästina erhalten, die dort die dürre Steppe, fern von allen Wasser und Baumwuchs, bewohnen und in krocken Felswänden brüten. Diese Vogelform ist deshalb für uns hochinteressant, weil sie noch vor einigen Jahrhunderten in Süddeutschland und der Schweiz vorkam, wo sie in verfallenen Burgen und Felslöchern vorsteht, jetzt aber spurlos verschwunden ist.

Gehaltsverhältnisse der Bürgermeister in deutschen Großstädten. Der Oberbürgermeister in Frankfurt a. M. und der Berliner Oberbürgermeister haben ein Dienstverhältnis von 36 000 M. Demgegenüber steht Braunschweig als untere Grenze mit 12 000 M. 25 000 bis 30 000 erhalten die ersten Bürgermeister in Breslau, Leipzig, München und Nürnberg, wo Dienstwohnung und Repräsentationsgelder noch zu berücksichtigen sind.

Jenseits vom Elend.

Das Vermögen der vier Könige der amerikanischen Finanz wird wie folgt geschätzt: John D. Rockefeller 1 000 000 000 Dollar, James Stillman 400 000 000 Dollar, J. P. Morgan 200 000 000 bis 300 000 000 Dollar und George H. Baker 150 000 000 bis 200 000 000 Dollar. Die New Yorker „Evening World“ behauptet,

C. S. Harriman habe ein Vermögen von 287 000 000 Dollar hinterlassen. — Der Händler Benjamin Altmann, der kürzlich in London vier Rubensche Gemälde für circa 1 000 000 Dollar erstanden hat, erbaute sich an der S. Avenue und der 50. Straße eine Privat-Kunstgalerie, welche an Größe der J. P. Morgan'schen Galerie an Madison Ave., zwischen der 38. und 37. Straße, nicht nachsteht wird. — Und Millionen Menschen laufen umher, die mehr Rücken haben als Räder, die im Labyrinth nächtigen und kein Stückchen Brot haben, den qualenden Hunger zu stillen.

Die posthume Raube eines Priesters.

In Rom ist unlängst ein schwerreicher Prälat gestorben, der es nicht unterlassen konnte, sich für sein Leben der Unterwerfung unter die kirchliche Disziplin durch eine posthume Bosheit schuldig zu halten. Der Mann, dessen Name nicht mitgeteilt wird, hat sich nicht damit begnügt, sein großes Vermögen seinen Verwandten zu hinterlassen, mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß die Kirche keinen Heller bekommen sollte, er hat noch 5000 Lire dem Verein Giordano Bruno hinterlassen, damit dieser sie dem ersten Priester auszahle, der aus innerer Ueberzeugung aus der Kirche austritt. Diese Verfügung hat übrigens nicht den Vorzug der Originalität; bekanntlich hinterläßt ein Abbe in einem Roman Mirabeaus sein ganzes Vermögen dem ersten Priester, der sein Amt niederlegt. Dieser Abbe wollte dadurch eine Art Wittenschrift aus der Kirche protogieren. Die beschriebenen 5000 Lire des römischen Prälaten werden diese Wirkung kaum haben.

Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nichts anderes vermerkt ist.)

Altes und Neues Museum. Am Lustgarten. Wochentags (außer Montag): April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3. Am Sonntag und an den zweiten Weihnachts-, Oster-, Pfingstfesttagen: April bis Sept. mbr 12-6, Oktober und März 12-5, November und Februar 12-4, Dezember und Januar 12-3. Am Montag und an Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen): geschlossen.

Aquarium. Unter den Linden 68a. Im Sommer: täglich 9-7, im Winter: an Sonn- und Feiertagen 9-7, an Wochentagen 9-6. Eintrittsgeld: 1,00 M., an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am letzten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

Architektur-Museum. Technische Hochschule, Charlottenburg, Berlin-Str. 151. Montag 10-3 (auch 5 1/2-7), vom Oktober bis März), Dienstag 12-3, (auch 10-12 für Studienzwecke), Mittwoch 10-12, Donnerstag 12-3 (auch 10-12 für Studienzwecke, auch 5 1/2-7), vom Oktober bis März), Freitag 10-3. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Charlottenburg, Braunsdorfer-Str. 11/12. An allen Wochentagen (außer Montag) 10-1, am Dienstag und Donnerstag auch 6-9 abends. Sonntag 1-5.

Berg- und Göttermuseum. Invalidenstr. 44. Wochentags (außer Sonnabend) 12-2, am Sonntag: April bis September 12-6, Oktober und März 12-5, November und Februar 12-4, Dezember und Januar 12-3.

Botanischer Garten. Dahlem. Unentgeltlich: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 2-7, Sonntag 10-7. An Wochentagen vormittags Zutritt nur gegen Erwerbung des „Führers“ (beim Gärtner). (Nur im Sommer geöffnet.)

Botanisches Museum. Dahlem. Montag und Donnerstag 8-6, Mittwoch 9-6.

Glasierte Museum. Siehe Verkehrsmuseum.

Kaiser Friedrich-Museum. Rindfleischstr. 1. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Montag) um 10, am Montag um 1, am Sonntag und an den zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfesttagen um 12. Schluß an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Montag 1 M., Dienstag und Mittwoch 50 Pf. Eintritt frei: an allen übrigen Tagen.

Hygienemuseum. Geffstr. 4. Dienstag und Freitag 10-2; Sonntag: April bis September 1-6, Oktober und März 1-5, November und Februar 1-4, Dezember und Januar 1-3.

Kunstgewerbe-Museum. Prinz-Albrechtstr. 7. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Landwirtschaftsmuseum. Invalidenstr. 42. An den Wochentagen (außer Montag) 10-3. An jedem dritten Sonntag im Monat: 11-5.

Martisches Provinzial-Museum. Wallstr. 50/54. Besuchszeit täglich (mit Ausnahme von Sonnabend) 10-3 Uhr. Eintritt frei. Gedulde Jäger 10 Pf.

Meredium-Museum. Georgenstr. 34-36. Sonnabend und Montag 11-4, Sonntag 12-3.

National-Galerie. Museumsinsel, an der Friedrichsbrücke. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Donnerstag) um 10, am Donnerstag um 1, am Sonntag und an den zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfesttagen um 12. Schluß an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Donnerstag 1 M., Freitag und Sonnabend 50 Pf. Eintritt an allen übrigen Tagen frei.

Naturkunde-Museum. Invalidenstr. 48. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: wie beim Alten Museum.

Pergamon-Museum. Museumsinsel, hinter der National-Galerie. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Poi-Museum. Leipzigerstr. 16/18. Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-2. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: 12-2.

Rauch-Museum. (Berkle von Christ Rauch.) Klosterstr. 76. Wochentags: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3.

Rathaus. Königstr. 10/11. Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10-3, unentgeltlich. Lumbestellung: April bis September, täglich (auch Donnerstag und Freitag) 10-3, Eintrittsgeld 20 Pf.

Reichstagsgebäude. Reichstagsplatz. An Wochentagen 8 1/2-9 1/2, vormittags, am Sonntag 2-4. Eintrittsgeld 50 Pf.

Sternwarte. Entseplag 3a. Mittwoch und Sonnabend, im Sommer 9-11, vormittags, im Winter 10-11 vormittags. Sternwarte. Treptower Park. Täglich von 2 Uhr nachmittags ab, im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Eintrittsgeld: 50 Pf. für Besichtigung der Sternwarte und des Astronomischen Museums, 1 M. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr. Sternwarte der „Urania“. Invalidenstr. 57/62. Täglich 7 1/2-11 Uhr abends. Eintrittsgeld 50 Pf. Urania, Sammlungen und wissenschaftliches Theater. Tauentzstr. 43. Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pfennig (für Abendvorstellungen von 1 Mark an).

Eingegangene Druckschriften.

Grundsätze des Affordvertrages. Zusammengestellt von P. Wähling. 45 Seiten. J. Gullerlag, Berlin. Tagewörter. Novellen von S. Trebitsch. 3 B., geb. 4 M. — Der steinerne Mann. Roman von R. Nibel. 3 B., geb. 4 M. — Der verirrte Vogel. Roman von R. Bittermann. 4 B., geb. 5 M. S. Fischer, Berlin, Willowsstr. 90. Stellung der Herzkrankheiten. Von R. Pfenig. 60 Seiten. 2 M. Reform (P. Müller), Stuttgart. Grundbesitzverteilung und Bauernfrage in Rumänien. Von Dr. G. D. Creanga. (Heft 149 der Anst. und sozialwissenschaftlichen Vorträge.) 4,60 M. — Die Gemeindebetriebe der Stadt Leipzig. Von B. Meigel. 3,60 M. — Die Gemeindebetriebe der Stadt Remscheid. Von Dr. Bucerius. 1,40 M. — Die Gemeindebetriebe der Stadt Freiburg in Br. Von Dr. J. Ehler. 2,40 M. Duncker u. Humblot, Leipzig. Gerbensache. Ein Kampf für die Fahrt durchs Leben. Von Dr. P. v. Olsch. 2 B., geb. 2,50 M. G. Curtius, Berlin W. 35. „L'Abattoir“ (1870-1871) [„Das Schlachthaus“ 1870-1871.] Von J. G. Champaur. Paris, Fernitage. 480 Seiten. 3 1/2 M. Seneca. „Vom glücklichen Leben.“ Herausgegeben von Doktor J. Schmidt. Taschenausgabe 1 M. A. Kröner, Leipzig. Hund um Afrika und Madagaskar. Reise an Vetter Nibel von Paul v. Kautenberg-Garypnski. 455 Seiten. B. Giffert, Berlin W. 30.

Witterungsbericht der südlichen Marktblasen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr etwas zunehmend, Geschäft regt, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in amerikanischen Vepeln, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 5. November 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Stations, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetterprognose für Sonnabend, den 6. November 1909.

Etwas wärmer, teilweise neblig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Includes stations like Remel, Tüft, Pregel, Jüterburg, etc.

Charlottenburger Volkshaus. Rosinenstraße 3. 4 Kegelbahnen. A. Bartsch, Oekonom. Charlottenburg. Tischlerei und Sarg-Magazin. August Schnell, Tischlermeister, Lebnitzstr. 7.

S. Joseph. Schöneberg, Haupt-Str. 1. Nur bewährte Fabrikate! Konkurrenzlose Preiswürdigkeit! Winter-Paletots u. Ulster. Moderne Jackett-Anzüge. Winter-Joppen.

J. Goldstein, Yorkstr. 50/51. Herren- und Knabenkleidung. Alle Größen fertig am Lager. Verleih-Institut für Gehrock, Smoking und Frackanzüge.

Charlottenburg. Solide Uhren, moderne Goldwaren. Reparaturen preiswert und gut. Friedrich Stabenow, Berliner Str. 146.

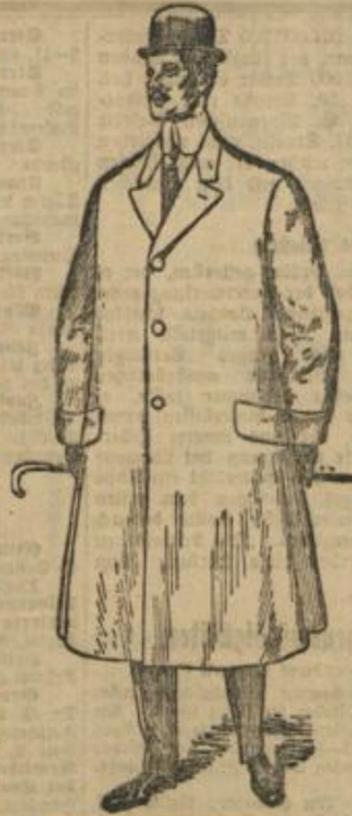
Die günstigste Gelegenheit sich nett einzurichten und zu kleiden, hat jedermann im Möbel- und Warenkredithaus H. Lövisohn. Kleinsten Anzahlung. Wochenrate 1 M.

Ein Beweis von Leistungsfähigkeit

durch eigene Fabrikation sind folgende Angebote:

Ulster

- Gestreifter Cheviot-Stoff 15 M.
- Grau Fischgratstreifen 23 M.
- Grau gestr. Diagonal 27 M.
- Reinwoll. Diagonal 32 M.
- Braun gestr. Cheviot 38 M.
- Karierte engl. Neuheiten 46 M.
- Reinw. Diag.-Stoff 50 M.



Dieser Ulster aus dunkel gestreitem guten Cheviot
18

Winter-Paletots

ganz gefüttert

- Dunkel Eskimostoff 18 M.
- Dunkel gestr. Cheviot 22 M.
- Grau Diagonal Cheviot 28 M.
- Moderne Fischgratstreifen 33 M.
- Neueste graue Cheviots 38 M.
- Glatter reinwollener Paletotstoff 44 M.
- Marengo Massqualität 50 M.
- Erstklassige Kottbuser Paletots 56 M.

Diese Mäntel sind nach englischen Vorlagen von guten Schneidern gearbeitet und behalten dank ihrer besonderen Innearbeit dauernd gute Form

Gottlieb Weiss

Spezial-Haus geübten Silla für Herren- und Knaben-Garderobe.

Schöneberg, Hauptstr. 161

Ecke Stuhlschuch- und Kaiser-Friedrichstr.

Wir empfehlen folgende

Bücher zu herabgesetzten Preisen:

Werden und Vergehen

Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen in gemeinverständlicher Darstellung

Von Carlus Sterne, herausgegeben von Wilhelm Bölsche. Mit vielen Abbildungen im Text und 47 Tafeln in Holzschlitt und Farbendruck sowie dem Bildnis des Verfassers.

Zwei starke Bände, dauerhaft und geschmackvoll gebunden. Durch Erwerbung der Restauflage sind wir in der Lage, das Werk, dessen Ladenpreis 25 M. beträgt, mit 10 Mark zu verkaufen.

Entwicklungsgeschichte der Natur

Von Wilhelm Bölsche.

Zwei Bände. Gegen 1785 Abbildungen im Text und zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

Länder- und Völkerkunde

Von Dr. G. W. Paul Lehmann, Direktor des Schiller-Realgymnasiums in Stuttgart. Zwei Bände.

Mit 1024 Abbildungen im Text und vielen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck. Auch diese beiden Werke können wir statt für je 18 M. für 10 Mark abgeben.

Was ist die Natur

Von Wilhelm Bölsche.

Von diesem Werk hatten wir Gelegenheit, eine große Anzahl toller neuer Remittenten-E Exemplare zu erwerben, die wir mit 1,50 M. pro Exemplar abgeben können. Der Ladenpreis beträgt 3 M.

Geschmackvoller Leinenband.

Weitere empfehlenswerte Bücher:

Anser Wald

Von Curt Grottel, herausgegeben von Wilhelm Bölsche.

Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat bei bedeutenden Vorkäufen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden.

Broschiert 2,50 M., in dauerhaftem Leinenband gebunden 3 M.

Sonntage

eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.

Von Curt Grottel, herausgegeben von Wilhelm Bölsche. Mit einem Vorwort von W. B. Bölsche.

Mit unveränderter Auflage. Mit Buchschmuck und dem Porträt des Verfassers. Broschiert 60 Pf., gebunden 1 M.

Alenbrook

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.

Von Jürgen Brand.

Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW, Lindenstr. 69 (Aden).

Paul Drenske Nachfolger Otto Berlett
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein großes Lager in
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Kassenhändler jeder Art Augustin-Bad, Böbenderstr. 60

!Immer noch Fritz Hamburg!
Steglitz, Schloßstr. 103,
ist die realste und billigste Bezugsquelle für
Herren- u. Knaben-Konfektion
sowie Arbeiter-Berufskleidung.

HERREN KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

M. Schulmeister
Schneidermeister
Schöneberg, Hauptstraße 149.
Nur bessere eigene Konfektion!
Ulster-Winter-Paletots
in prima Qualität, Cheviot u. mod. gestr. Meltonstoff, 30 M.
60.-, 56.-, 52.-, 40.-, 40.-, 36.-
Joppen
Ereihig, m. warmem Futter 8 M.
25.-, 20.-, 18.-, 15.-, 12.-, 10.-
Jackett-Anzüge
elegante Fassons, prima Wolhaar-Verarbeitung 28 M.
50.-, 45.-, 40.-, 35.-, 30.-
Rock-Anzüge von M. 35-56
Gehrock-Anzüge von M. 40-68
Beinkleider und Phantasie-Westen.
Anfertigung nach Maß.
Garantie: Guter Sitz, haltbare Stoffe u. Zutaten. Billige Preise.
Gegründet 1878.
Schlafrocke in großer Auswahl

Das merken Sie sich

wollen Sie Ihren Bedarf an Wintergarderobe für Herren, Damen und Kinder
« auf Kredit »
entnehmen, so wenden Sie sich an das älteste und kulanteste Waren- und Möbel-Kredit-Haus des Westens

Paul Neugebauer Nachf.
CHARLOTTENBURG
31 Wilmersdorferstrasse 31
dort erhalten Sie zu den kulantesten Bedingungen
Herren-Jackett- u. Gehrock-Anzüge
Winter-Paletots und Ulster
Burschen- und Knaben-Paletots
Damen-Kostüme und Damen-Mäntel
Damen-Kostümröcke
Pelz-Stolas und Boas

Gratis! Jeder Herr erhält einen Hut.
Jede Dame eine Handtasche od. eleg. Gürtel.